

Danziger Landes 90 Zeitung

Westpreußisches Volksblatt

JAHRE

Danziger Volksblatt

Anzeiger für den Freistaat Danzig
Pommern und die östlichen Gebiete

mit den Beilagen: "Kreis und Krone", "Literatur, Kunst und Wissenschaft", "Der Rechtsfreund", "Heimatländer", "Die Welt der Frau", "Kinderzeitung", "Wochenend und Ferien".

Anzeigenseite und -bedingungen: Die einfaltige Millimeterseite (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenteil 10 Pf. im Reklameteil (83 mm breit) 50 Pf. Auslandsspreite, Beilagen und Rabattfläche nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Rabatt- u. Terminvordruck sowie teleph. Bestellungen und Abbestellungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler infolge unentzifferbarer handschriftlicher oder tel. Anzeige keine Gewähr. Bei verzögter Zahlung, Konkursen, Verästelten und gerichtl. Verbreitungen kein Rabatt. Gerichtsstand Danzig. Telar-Adresse: Landeszeitung Danzig.

Bezugspreis: Durch Buchdrucker oder Zweigstellen monatl. 2,50 Pf., durch die Post im Freistaat und Deutschland 3,00 Pf., nach Pommern und durch Träger 4,00, durch die Post 4,25 Pf., nach Polen unter Kreisband 8,25 Pf., Einzelpreis 0,15 Pf. Samml. 0,25 Pf. Ein halbe höherer Gewalt, Betriebsförderung oder Streit hat der Beobachter ob. Differenz keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Abzahlung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verzögert oder nicht erscheint. Unverl. Manuskript werden nicht zurückgesandt. Fernvertrieb: Geschäftsstelle und Redaktion: 247 96 und 247 97. Hauptstiftsleitung: 248 97.

Roosevelt vermittelt in Cuba

Vor einem Rücktritt des cubanischen Präsidenten Machado?

Havanna. Während sich in Havanna selbst die Regelung des Streitfalles herbeiführen werde, in Bolwerk ist eine aufgeregte Menge versammelt, von der besonders das bisher noch unbefestigte Gericht besprochen wird, daß bereits Dienstag abend zwei amerikanische Kriegsschiffe eingetroffen seien, die auf hohem Meer vor der Hauptstadt kreuzen.

Wie das Reutersehe Büro erfährt, hält die cubanische Regierung den lebhaften Wunsch, vom Präsidenten Roosevelt selbst eine genaue Auf-

klärung über die Vollmachten des amerikanischen Botschafters in Cuba zu erhalten, dessen letzter Vermittlungsvorschlag von der cubanischen Regierung bisher noch nicht angenommen wurde.

Der cubanische Botschafter in Washington, der sich gegenwärtig in New York aufhält, hat den Präsidenten Roosevelt um eine Unterredung gebeten und ist im Begriff, nach Hyde Park abzureisen. Wie aus New York gemeldet wird, widmet Roosevelt der Lage in Cuba die größte Aufmerksamkeit. Man hofft in Kreisen des Präsidenten, Botschafter Welles sei bemüht, seine guten Dienste zur Verbesserung der Lage in Cuba anzubringen, jedoch beachtigt die Regierung der Vereinigten Staaten nicht, sich in die inneren Angelegenheiten Kubas einzumischen.

Neutralen Beobachter der Lage sind der Meinung, daß Präsident Machado sich bald entscheiden müsse, ob er einem Vorschlag des Botschafters der Vereinigten Staaten, die Insel zu verlassen, nachkommen oder den Revolutionären weiter entgegentreten will, was eine Intervention der Vereinigten Staaten zur Folge haben würde.

Präsident Machado hat inzwischen über die ganze Insel Cuba den Kriegszustand verhängt.

Die Mitglieder der cubanischen Regierung hielten Mittwoch mit Präsident Machado im Präsidentenpalais eine wichtige Konferenz ab, die anscheinend darüber entscheiden sollte, ob Machado das Präsidentenamt niedersetzen soll, um die politischen Unruhen zu beenden. An der Konferenz nahm auch Staatssekretär Ferrer teil, der kurz zuvor im Flugzeug aus Miami eingetroffen war.

Wie in cubanischen Regierungskreisen verlautet, ist dem Präsidenten Roosevelt auf dem Luftweg ein Sonderbericht über die Lage in Cuba überbracht worden.

In der cubanischen Hauptstadt ist man allgemein der Auffassung, daß irgend ein Eingreifen Roosevelts in den Konflikt unmittelbar bevorstehe.

Die amerikanischen Beamten drücken die Hoffnung aus, daß die Vermittlung des Präsidenten eine erhöhte Wertschätzung des Präsidenten einer

Einen umfassenden Überblick über die Entwicklung in den einzelnen Bezirken geben die auf 1000 Einwohner bezogenen Zahlen der Arbeitslosen. Zurzeit des Höchststandes Ende Februar entfielen im Reich noch 96,2 Arbeitslose auf 1000 Einwohner, am 31. Juli 1933, hingegen nur noch 71,6.

Die Abweichungen von diesem Reichsdurchschnitt sind für die einzelnen Landesbeamtsbezirke beträchtlich und zeigen, wie außerordentlich verschieden das Problem der Arbeitslosigkeit im Reich liegt.

Am höchsten über dem Reichsdurchschnitt liegen die dichtbesiedelten und hochindustrialisierten Bezirke Sachsen und Brandenburg (Sachsen noch immer 111,0 gegen 143,2 Ende Februar, Brandenburg 102,2 gegen 127,3 Ende Februar). Am tiefsten unter dem Reichsdurchschnitt liegt Ostpreußen; hier entfallen nur noch 12,7 Arbeitslose gegen 58,1 Ende Februar auf 1000 Einwohner. Für Pommern beträgt die Anteilszahl 27,6 (gegen 72,1) und auch Bayern und Südwürttemberg liegen mit 49,7 (gegen 69,5) und 48,8 (gegen 63,1) erheblich unter dem Reichsdurchschnitt. Die Fortschritte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind, wie aus diesen Zahlen ersichtlich, allenfalls beträchtlich.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung am Arbeitsmarkt sind die Unterstützungszahlen nicht unerheblich zurückgegangen. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Juli rund 394 000 Unterstützungsgepäckträger gezählt, nach einem Rückgang um rund 12 000. In den Kreisbezirken für Torgau wurden am gleichen Stichtag 1 252 000 Arbeitslose betreut, d. h. rund 39 000 weniger als am 31. Juli. In beiden Unterstützungsseinrichtungen zusammen wurden am 31. Juli 1 646 000 Arbeitslose unterstützt, denen im gleichen Zeitpunkt 1 754 000 arbeitslose Wohlfahrtsarbeiter gegenüberstanden. Aus Mitteln der Arbeitslosenhilfe wurden weiter Aufwendungen gemacht für 265 000 im Arbeitsdienst beschäftigte, circa 125 000 Notstandsarbeiter und 70 000 Fürsorgearbeiter.

Sämtliche Berufsgruppen weisen eine arbeitsmarktl. Entlastung auf.

Auch pazifistische Studenten von den Hochschulen ausgeschlossen

Berlin. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilte, hat der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, nachdem bereits durch einen früheren Erlass vom 29. Juni 1933 alle kommunistischen Studierenden an preußischen Hochschulen mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen sind, durch einen neuen Erlass diese Bestimmung auch auf sämtliche marxistisch und antinational eingestellte Studenten ausgedehnt.

Die Voraussetzungen für die Annahme einer marxistischen oder sonstigen antinationalen Betätigung sind nach dem Wortlaut des Erlasses insbesondere dann erfüllt, wenn ein Studierender in Wort, Schrift oder durch sein sonstiges Verhalten gehäuft gegen die nationale Bewegung aufgetreten ist, ihre Führer beschimpft oder nationalgefeindliche Studierende zu verfolgen, zurückzuwerfen oder sonst zu schädigen verfährt. Als besonders belastend ist dabei die Zugehörigkeit zu pazifistischen, landesverräterischen oder ähnlichen Organisationen anzusehen.

Für die Durchführung dieser Maßnahmen ist von dem Rektor jeder Hochschule auf Vorschlag der Studentenschaft ein dreigliedriger, aus national zuverlässigen Studierenden bestehender Ausschuss zu bestellen, der dem Rektor beratend zur Seite steht.

Katholische Ausgaben von heute

Maximilian Kaller, Bischof von Ermland, spricht über diese Parole ausgezeichnete Gedanken im neuerschienenen Heft 3 von "Zeit und Volk", Verlag Kösel und Pustet aus, die einer weiteren Verbreitung wert sind. Er sagt da u. a.:

"Jetzt wird das Reich neu gesimmet. Haben wir Katholiken zum Reichsgedanken, zum Staatsgedanken etwas zu sagen, gibt es ein katholisches Staats- und Reichideal? Wir brauchen nur die Enzyklika Leo XIII. über die christliche Staatsauffassung 'Immortale Dei', zur Hand zu nehmen, in der der unvergleichliche apostolische Lehrer die ganze Herrlichkeit des christlichen Staatsgedankens entrollt.

Die Wirtschaft wird gestaltet. Können wir Katholiken zu diesem Bau wertvolle Bausteine beitragen? Greife nach der 'Quadragesimo anno' Pius XI. Dort ist das Idealbild katholischer Wirtschaftslehre hellektisch dargestellt.

Auf berufstümlicher Grundlage soll das neue Deutschland aufgebaut werden. Ist dieser Gedanke uns so fremd? Ist er nicht schon, ich möchte sagen, Gemeingut des katholischen Denkens geworden, wenn auch vorläufig nur in der Theorie?

Die Jugend soll neu gestaltet werden. Wir wissen, daß die neuen Machthaber auf der Religion aufbauen wollen. Es ist unsere heilige Pflicht, mitzuarbeiten und die Grundzüge der christlichen Erziehung, wie sie in der Enzyklika 'Divini illius Magisterii' stehen, in helleichter Lichte zu sehen.

Der Staat will die religiösen Kräfte angespannter wissen — und wir wollen zögernd zurückgewichen.

Noch spreche ich von der Last, die mit der Pflicht verbunden ist. Aber hoffentlich wird bald diese lastende Pflicht uns lieb und teuer sein. Solange wir nur das Wort unseres katholischen Glaubens im Mund führen, ist es Schall und Rauch, solange wir diese Gedanken nicht brennend im Herzen tragen, im glühenden Verlangen, sie in die Tat umzusetzen, wird man auf uns nicht hören. Heilige Begeisterung aber wird die rettende Tat vollbringen.

So manche, die diese Zeilen lesen, mögen sich im stillen ganz beschämt fragen: Ja, was weiß ich denn über diese Fragen, ich habe noch nie etwas davon gehört, daß die katholische Kirche Grundsätze aufgestellt hat über das Staatsleben, über das soziale und wirtschaftliche Leben, ich weiß noch nichts von der berufstümlichen Ordnung! Ich kenne nicht genau die Erziehungsgrundsätze der Kirche. Es wird Zeit, daß wir uns mit diesen Fragen, die unaufdringlich sich jetzt in den Vordergrund stellen, nachhaltig beschäftigen. Vieles muß nachgeholt werden.

Jeder fühlt, daß wir in einer großen Zeit leben. Diese große Zeit ist eine Gnade Gottes. Wir waren dieser Gnade nicht wert, wenn wir nicht mit aller Freude und Begeisterung an die Lösung dieser Fragen herangingen. Wir leben in einer großen, Halsketten verschneuerten, ganz radikalen Zeit. Auch wir müssen radikal sein, radikal katholisch, begeistert katholisch.

Man wirkt uns Katholiken vor, daß wir von einer Zeit in die andere mitgehen, daß wir abwarten und fortigieren, daß wir aber nicht schäpferisch und führend sind. Wir handeln auch jetzt noch nicht entscheidend, universell katholisch. Man sagt von uns, daß wir bisher dem deutschen Vaterland nur Krantenhilfe geleistet hätten, daß wir unsere Pflicht getan hätten wie ein berufener Wärter, der mit Aufsicht, Mühe und Geduld den Kranken umgibt. Wir seien aber nicht der rettende Arzt, der dem Kranken neues Leben schenken kann. Man sagt sogar von uns, daß wir abwarten, ungebührlich lange, bis wir ein Bild nach dem anderen wertern, warten auf Eingriffe von seiten Gottes und hierüber unsere Pflicht vergessen.

Diese Vorwürfe dürfen nicht wahr sein. Aktivisten wollen wir sein. Der Heilige Vater verlangt von uns die Ausbreitung und Verwirklichung unserer katholischen Grundsätze. Das Vaterland darf auf uns wahrhaftig, wie wären nicht wert, daß wir lebten, wenn wir jetzt den Augenblick verstreichen ließen. Wohlan, ans Werk! Aus katholischem Geiste, mit katholischer Begeisterung!

Neues in Kürze

Das WTB. meldete gestern fälschlich: Mitgliederstreit bei der NSDAP. voraussichtlich bis zum 1. 4. 1937. Es sei hiermit richtiggestellt, daß die Mitgliederstreit voraussichtlich bis zum 1. 4. 1934 aufrecht erhalten bleiben wird.

Reichskanzler Adolf Hitler hatte im Laufe des Mittwoch Vormittag Besprechungen mit dem Reichswehrminister von Blomberg, dem Reichstatthalter von Baden, Dr. Wagner, dem Staatssekretär der SA, Röhm, und dem Reichsführer der SS, Himmler. Weiter sprachen Generalmusikdirektor Dr. Furtwängler und der Deutscheramerikaner Oberländer beim Reichstag vor.

Um eine einheitliche und den Zeitverhältnissen entsprechende Beziehung von Beamtenstellen innerhalb der Reichsfinanzverwaltung zu ermöglichen, hat, wie der Preußische Pressedienst der NSDAP. meldet, der Reichsfinanzminister die Präsidenten der Landesfinanzämter angewiesen, die Personalrechte in Zukunft nur mit bewährten Nationalsozialisten zu belegen. Die Durchführung der Maßnahme im Einzelfalle ist der Zustimmung des Reichsfinanzministers vorbehalten. Die Anordnung soll alsbald durchgesetzt werden.

Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Hans Luther verläßt mit seiner Familie an Bord des Lloydsschiffes "Columbus" am 10. August nach kurzem Aufenthalt wieder Deutschland, um von Bremerhaven nach Amerika zurückzukehren.

Die mit der Leitung der Oberpostdirektionen in Bremen, Kiel und Stettin beauftragten Ministerialräte Dr. Schneider, Weinbrenner und Straßburg sind zu Präsidenten der Oberpostdirektionen ernannt worden.

Sämtlichen Arbeitern der Straßenbahn, der Müllabfuhr und der Straßenreinigung, die früher Mitglieder der NSDAP. der KPD. und SPD. waren und nicht die Gewähr für eine einwandfreie Arbeit im nationalen Staat bieten, ist in Rente gezwungen worden. Die freigewordenen Stellen werden mit geeigneten Arbeitern aus den nationalen Verbänden besetzt werden.

Der britische Botschafter in Budapest, Lord Chilton, der gegenwärtig in London weilt, wird zum Botschafter in Moskau ernannt werden. Er soll dort den bisherigen Botschafter Edmund Owen ersetzen, der seinerzeit aus Anlaß des Moskauer Prozesses gegen die britischen Ingenieure nach London zurückberufen worden war.

Nach in London eingetroffenen Nachrichten aus Bagdad haben die assyrischen Stämme, die die Grenze des Irak überwachten, mit der Grenzarmee des Irak heftige Kämpfe ausgetragen, sich bedingungslos unterworfen.

Im Wettersteingebirge stürzte am Montag der Münchener Tourist Haeberle ab. Er war sofort tot. Seine zwei Begleiter erlitten Kopfverletzungen.

Denkt an das Danziger Notwerk zur Behebung der Arbeitslosigkeit!

Keine Warenhaussteuer in Preußen

Berlin. Im Anschluß an die vor einigen Tagen ergangene Verordnung über die Durchführung der Warenhauszweigstellensteuer haben, wie das B.D.-Büro meldet, der preußische Innenminister und der Finanzminister einen Erlass veröffentlicht, in dem festgestellt wird, daß die preußische Staatsregierung von der Ermächtigung des Reichsgesetzes über die Warenhaussteuer, eine solche Warenhaussteuer einzuführen, oder den Gemeinden die Einführung zu gestatten, einen Gebrauch gemacht habe. Die Einführung einer Warenhaussteuer ist somit in Preußen im Rechnungsjahr 1933 in jedem Falle unzulässig.

Hinsichtlich der landesrechtlichen Filialsteuer verbleibt es bei den bisherigen preußischen Bestimmungen, wonach es den Gemeinden gestattet ist, die Zulage zur Gewerbesteuer für Versicherungs-, Bänk-

Kredit und Warenhandelsunternehmungen, die in dem Gemeindebezirk Zweigstellen unterhalten, ohne in ihm ihren Hauptsitz zu haben, bis zu einem Fünftel über die sonst in der Gemeinde festgesetzten Hundertssätze hinaus zu erhöhen. Die zur Einführung oder Erhöhung der Filialsteuer erforderliche Genehmigung wird den Regierungspräsidenten übertragen. Gleichzeitig wird in dem Erlass mitgeteilt, daß die Regierung von der Ermächtigung, alle Gemeinden zur Einführung einer Filialsteuer zu verpflichten, nicht allgemein, wohl aber hinsichtlich der Filialen von Warenhausunternehmen, Einheits- und Kleinpreisgeschäften Gebrauch gemacht habe. Die entsprechende Verordnung wird in einigen Tagen veröffentlicht werden. Für diese Unternehmungen gilt, daß sich die Hundertssätze der Gewerbesteuer für diese Zweigstellen, ohne daß es eines besonderen Gemeindebeschlusses bedarf, um $\frac{1}{5}$ erhöhen.

Immer noch keine Klarheit über das Auscheiden von Zentrumsabgeordneten

Berlin. Wie das der Regierung nahestehende B.D.-Büro erfährt, gilt das zwischen dem Reichsinnenminister Dr. Frick als Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion und dem Abg. Dr. Hackelsberger als Verbindungsmanne der Zentrumsfraktion des Reichstages abgeschlossene Abkommen auch für den Preußischen Landtag und die anderen Landesparlamente, so daß sich ein ähnliches Abkommen zwischen dem Oberpräsidenten Kubbe und dem Abgeordneten Dr. Graß für den Preußischen Landtag erübrigte. Auch in Preußen dürfen daher alle weiblichen Abgeordneten und die Geistlichen sowie alle über 60 Jahre alten Abgeordneten nicht als Hospitanten in die nationalsozialistische Fraktion aufgenommen werden. Bei diesen drei Gruppen handelt es sich im Preußischen Landtag um 22 Abgeordnete der bisherigen Zentrumsfraktion, die infolgedessen demnächst aus dem Landtag ausscheiden. Es verbleiben danach 47 Abgeordnete über deren Überführung in das Hospitantenverhältnis in den nächsten Wochen zwischen dem Fraktionsführer Kubbe und dem Zentrumsverbindungsman Dr. Graß (siehe oben) verhandelt werden wird.

Es ist wahrscheinlich, daß auch von diesen noch einige nicht von den Nationalsozialisten übernommen werden, namentlich sofern es sich um frühere feindliche gesellschaftlich oder sonst politisch stark hervorgetretene Persönlichkeiten handelt.

Auch für den Reichstag sind die Verhandlungen über die Aufnahme der Hospitanten in die nationalsozialistische Fraktion noch nicht abgeschlossen.

Genaue Zahlen für die auf Grund des Abkommens zwischen Minister Dr. Frick und Dr. Hackelsberger ohne weiteres ausscheidenden Abgeordneten liegen noch nicht vor, da vielleicht der über 60 Jahre alten Mitglieder in Einzelfällen noch Annahmen gemacht werden. Der Prozentsatz der Ausscheidenden dürfte aber etwa in gleicher Höhe liegen, wie bei der preußischen Landtagsfraktion. Man rechnet damit, daß die endgültigen Entscheidungen bis zum 1. September fallen.

Strenge Amtsverschwiegenheit der Beamten

Ein Erlass aus dem preußischen Kultusministerium.

Berlin. Von dem Staatssekretär Dr. Stuckart im preußischen Kultusministerium ist an die nachgeordneten Behörden ein Erlass herausgegeben worden, in dem die Beamten und Angestellten auf die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit hingewiesen werden.

In dem Erlass heißt es u. a.: „Deber Staatsbeamte und jeder Angestellte im Staatsdienst ist zur Amtsverschwiegenheit über das, was amlich zu seiner Kenntnis kommt, verpflichtet. Es geht nicht an, daß solche Angelegenheiten mündlich oder schriftlich an dritte Personen mitgeteilt oder gar öffentlich (Vortrag, Rundfunk, Presse) bekanntgegeben werden. Diese Pflicht zur Amtsverschwiegenheit liegt auch den nicht mehr im Staatsdienst tätigen Beamten und Angestellten ob.“

Verstöße gegen die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit sind nicht nur mit dem Verlust eines saubereren, pflichtbewußten Beamtenums unvereinbar, sondern müssen auch mit aller Strenge geahndet werden.“

Ferner ist in dem Erlass den Beamten und Angestellten jede Mitwirkung bei Mitteilungen statistischen Materials über Schulverhältnisse und die unbedingte Bekanntgabe amtlicher Schriftstücke an Privatpersonen und sonstige Stellen außerhalb der Staats- und Reichsverwaltung untersagt, es sei denn, daß eine Ermächtigung hierzu vorliegt.

Schließlich wird in dem Erlass noch darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen der Zivil- und Strafprozeßordnungen Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienst sind, der Genehmigung der Vorgesetzten oder auch der ihnen zuletzt vorgelegt gewesenen Dienstbehörde bedürfen zur Vernehmung als Zeugen oder Sachverständige über Umstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht.

Die Wohnungseinrichtung eines SPD-Abgeordneten beschlagnahmt

München. Die Münchener Polizei teilt mit: Der seit den Tagen der nationalen Revolution flüchtige ehemalige SPD-Abgeordnete und Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Höpner, früher in München wohnhaft, versuchte vor einigen Tagen seine gesamte Wohnungseinrichtung nach Innsbruck, seinem gegenwärtigen Wohnort, verschieben zu lassen. Um die Vermögenswerte vor dem Zugriff des Staates zu sichern, verschleierte er den Transport durch Vorlieferung von Strohmannern und durch Erstellung eines Scheinverkaufvertrages. Die bayerische Polizei kam jedoch noch rechtzeitig hinter diese Schließung und beschlagnahmte die bereits verladene Wohnungseinrichtung.

Gewährung von Straffreiheit in Bayern für Straftaten aus politischer Überzeugung.

München. Der Reichsstatthalter für Bayern hat die Bayerische Landesregierung ermächtigt, für Straftaten, die seit dem Inkrafttreten der Verordnung über die Einführung von Straffreiheit vom 21. März 1933 bis einschließlich 25. Juli 1933 zur Durchsetzung des nationalsozialistischen Staates aus politischer Überzeugung und nicht aus Eigennutz oder sonstigen niedrigen Beweggründen begangen sind, Straffreiheit zu gewähren. Die bayerische Staatsregierung hat eine entsprechende Verordnung mit sofortiger Wirkung erlassen.

Gemeindebeamte nur mit Amtstellungsurkunde

Ein Erlass gegen Mißstände.

Berlin. Wie das B.D.-Büro meldet, weist der preußische Innenminister in einem Rundschreiben darauf hin, daß sich momentan im Dienstkräftesachen immer wieder erhebliche Schwierigkeiten daraus ergeben hätten, daß Personen, die in Beamtenstellungen tätig sind, keine Amtstellungsurkunde ausgestellt worden ist. Der Minister verweist auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen, wonach die Beamtenhaft nur durch Aushändigung einer Urkunde begründet werden kann. Auch sämtliche gemeindlichen Ehrenbeamten müssen eine derartige Urkunde erhalten. Um neuen Reichsgesetz sei die Frage, ob Personen auch ohne die Urkunde lediglich durch Übertragung obrigkeitlicher Funktionen Beamte werden können, endgültig im vorneinenden Sinne entschieden. Ansprüche von Personen, die danach nicht Kommunalbeamte geworden sind, auch Amtstellung als Beamte oder auch Zahlung von Be-

amtenbezügen würden damit hinfällig, auch wenn entsprechende Vereinbarungen oder rechtsträchtige Urteile vor Inkrafttreten des Gesetzes zustande gekommen seien. Zahlungen, die auf dieser Grundlage bisher geleistet wurden, sollen sofort eingestellt werden.

Weiter weist der preußische Innenminister in einem Erlass darauf hin, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen als Gemeindebeamter nicht berufen werden darf, wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist. Vor der Entscheidung über die Berufung von Gemeindebeamten sei dann auch der arische Abstammung des Gewählten auch die der Chefs auszustellen. Auch bezüglich der Chefs seien Angaben über Eltern und Großeltern zu machen. Zum Schluß heißt es in dem Erlass, daß in Zweifelsfällen für Vorbereitung der Entscheidung der Bestätigungsbehörde ein Gutachten des beim Reichsinnenministerium bestellten Sachverständigen für Rassenforschung angefordert werden kann.

Oberpräsident Hörsing ohne Wartegeld aus dem Staatsdienst entlassen

Magdeburg. Der preußische Minister des Inneren hat den früheren sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, auf Grund des Paragraphen 2 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenums mit sofortiger Wirkung aus dem Staatsdienst entlassen. Vor der nach der gesetzlichen Vorschrift gegebenen Möglichkeit zur Weiterzahlung des Wartegeldes an Hörsing bis Ende Oktober d. J. ist ausdrücklich abgesehen worden. Hörsing erhält demnach vom 11. August d. J. ab keinerlei Bezug mehr aus dem Staatsdienst.

Balbos Flugzeuggeschwader in Lissabon

Ein schwerer Unfall beim Start auf den Azoren. Lissabon. Das Flugzeuggeschwader Balbo ist von den Azoren kommend am Mittwoch im Hafen von Lissabon glatt niedergegangen. Bei dem Absturz von den Azoren ereignete sich leider ein schwerer Unfall, indem eins der Flugzeuge beim Start abstürzte. 4 Männer der Besatzung wurden dabei verletzt, darunter Lieutenant Squalia, der inzwischen seinen schweren Verlebungen erlegen ist. Bei der beschädigten Maschine, die abmontiert wird, blieben drei Maschinen zurück, die erst später den Flug nach Lissabon antreten.

Zum Beileid der Trauer für den auf den Azoren tödlich verunglückten Fliegerleutnant sind auf Wunsch des Generals Balbo alle Feierlichkeiten, die in Lissabon vorgesehen waren, abgesagt worden. Da General Balbo der Ruhe bedürfe, wurde auch der Empfang beim Präsidenten Carmona abgesagt.

Der Weiterflug des Balbogeschwaders ist für Donnerstag vorgesehen.

Irland vor schweren Unruhen

Drei Anträge zur Änderung der irischen Verfassung — Die Sonntagsparade der irischen Faschisten.

Dublin. In der letzten Sitzung des irischen Parlaments vor den Sommerferien brachte der Valera drei Gesetzesanträge zur Änderung der Verfassung ein, die folgende Maßnahmen vorsehen: 1. eine Übertragung des Sanktionsrechtes für die Verwendung von Geldern von dem Vertreter der britischen Krone auf den Vorsitzenden des Ausschusses, 2. die Abschaffung der Klausel über die Verweigerung der Zustimmung der Krone zu Gesetzen und die Unterzeichnung des Königs und 3. die Abschaffung des Bezeichnungsschrechtes an den Rat des Königs.

Die Debatte im irischen Parlament wird mit größter Spannung erwartet, da die Opposition voraussichtlich bemüht sein wird, die Regierung zu einer Erklärung über ihre Absichten in Bezug auf

die Parade der faschistischen Garde am Sonntag zu bewegen. Unter der Bevölkerung nimmt die Besorgnis zu und man fürchtet, daß es zu Unruhen in der Hauptstadt kommen wird. Der ehemalige Polizeichef, General O'Duffy, der Leiter der neuen faschistischen Organisation der Nationalgarde, erklärte Mittwoch abend, er habe eine heilige Pflicht zu erfüllen und werde die Nationalgarde am Sonntag nach dem Collins-Griffith-O'Higgins-Denkmal führen, gleichzeitig, was auch geschehen möge. Man erwartet, daß über 20 000 Männer an der Parade teilnehmen werden.

General O'Duffy, der Führer der „Nationale Garde“ genannten Blauhemdenorganisation gab die Parade der faschistischen Garde am Sonntag zu bewegen. Unter der Bevölkerung nimmt die Besorgnis zu und man fürchtet, daß es zu Unruhen in der Hauptstadt kommen wird. Der ehemalige Polizeichef, General O'Duffy, der Leiter der neuen faschistischen Organisation der Nationalgarde, erklärte Mittwoch abend, er habe eine heilige Pflicht zu erfüllen und werde die Nationalgarde am Sonntag nach dem Collins-Griffith-O'Higgins-Denkmal führen, gleichzeitig, was auch geschehen möge. Man erwartet, daß über 20 000 Männer an der Parade teilnehmen werden.

General O'Duffy, der Führer der „Nationale Garde“ genannten Blauhemdenorganisation gab

Italien zu dem Schritt in Berlin

Mussolini machte von Papen freundliche Vorstellungen wegen der deutsch-österreichischen Spannung.

Rom. Wie die amtliche italienische „Agenzia Stefani“ meldet, werden in verantwortlichen römischen Kreisen mit Bezug auf den kürzlich erfolgten Schritt in Berlin wegen der Frage der österreichisch-deutschen Beziehungen folgende Mitteilungen gemacht:

Im Laufe einer langen Unterhaltung über die europäische Gesamtlage und über die italienisch-deutschen Beziehungen hat Ministerpräsident Mussolini die Aufmerksamkeit des Botschafters von Papen bei Gelegenheit seines Besuches in Rom im vergangenen Juli auf die Notwendigkeit gelenkt, eine Entspannung zwischen Österreich und Deutschland zu erzielen, die im Interesse des gewünschten Erfolges zweckmäßig erscheine, den Ausgang der in Zuge der beständigen privaten und vertraulichen Unterhaltungen abzuwarten.

Im Verlauf dieser Unterhaltungen hat die deutsche Regierung dem italienischen Botschafter beruhigende Versicherungen über die Radiopropaganda und die Übersiegung österreichischen Gebietes abgegeben.

Die italienische Regierung beklagte sich darauf, den Inhalt dieser Antwort dem englischen und dem französischen diplomatischen Vertreter bekannt zu geben und betonte dabei, daß sie es für zweckmäßig erachtete, den Schritt in Berlin nicht stattfinden zu lassen. Dieser Schritt hätte vermieden werden können, wenn die für die entsprechenden Mitteilungen von London und Paris nach Berlin notwendige Zeit zur Verfügung gestanden hätte.

Die römischen Kreise sind der Ansicht, daß es in Zukunft durchaus notwendig ist, der Reihe von Zwischenfällen Einhalt zu tun, um die erbetene Rückkehr zu normalen Beziehungen zwischen Berlin und Wien herbeizuführen.

Riesenaktion gegen die KPD Braunschweig

Braunschweig. In den letzten vier Wochen war im Lande Braunschweig ein erneutes Anschwellen der kommunistischen Wahlarbeit festzustellen. Es wurde eine Reorganisation und Neuauflage der K.P.D. versucht. Gleichzeitig wurde eine rege Tätigkeit von kommunistischen Flugblattverteilern bemerkt. Das Landespolizeiamt griff deshalb energisch durch und verhaftete mit Unterstützung der Hilfspolizei im Laufe der zweitägigen Aktion im ganzen Lande Braunschweig rund 250 Marxisten, darunter auch einige Frauen. Diese wurden im Gebäude der Ortskassenkasse in Braunschweig untergebracht. Am Dienstag wurden bereits 70 Marxisten dem Schnellrichter vorgeführt und 60 von ihnen zu insgesamt rund 45 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Mindeststrafe betrug einen Monat, die Höchstrafe 6½ Jahre, fünf Marxisten fanden in Untersuchungshaft, während weitere fünf mangels Beweises freigesprochen wurden. Die übrigen Verhafteten kommen heute vor dem Schnellrichter. Ein kleiner Teil von ihnen ist wieder entlassen worden.

Die Braunschweigische Regierung ist auch weiterhin gewillt, im Interesse der Staats sicherheit mit aller Schärfe jegliche Versuche zu illegalen Handlungen im Reime zu erwidern.

Die Zusammensetzung der Reichstheaterkammer

Berlin. Die sieben Spartenverbände des Deutschen Theaters haben sich mit Unterstellung unter den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda zur Reichstheaterkammer vereinigt, der die einheitliche Pflege eines nationalen Deutschen Theaters obliegt.

Durch Beschluß ihrer Vorstände gehören der Reichstheaterkammer an: Der deutsche Bühnenverein, die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, die Vereinigung der künstlerischen Bühnenverbände, der deutsche Chorsängerbund und Tänzerbund, die Vereinigung des Bühnenverlegers, der Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten, der Einheitsbund deutscher Kunstmusiker.

Reichsminister Dr. Göbbels hat zum Präsidenten der Reichstheaterkammer den Ministerialrat Otto Laubinger ernannt und seinem lebhaften Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Reichstheaterkammer die Unterstützung und den gesetzmäßig festgelegten Schutz des Reiches baldig finden werde.

Die deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen und ihre besondere Bedeutung.

Berlin. Zu den deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen wird von maßgebender Seite erklärt: Die Tatsache, daß die deutsche Regierung den Leiter der Abteilung des Auswärtigen Amtes zu Handelsvertragsverhandlungen nach Litauen entsandt hat, zeigt die besondere Bedeutung, die man in Deutschland diesen Verhandlungen beimittet. Wenn von litauischer Seite unter Zurückstellung aller früheren antideutschen Einstellungen mit allem Nachdruck verucht wird, bei der gegenwärtigen wirtschaftlich schwachen Position Litauens eine Unterstützung von Deutschland zu erreichen, so kann diese wirtschaftliche Hilfe, zu der Deutschland selbstverständlich bereit ist, aber nur dann vernünftig werden, wenn die Gegenseite sich entschließt, auch das, was nicht eigentlicher Inhalt der Vertragsverhandlungen ist, aber die deutsch-litauischen Beziehungen in stärkster Weise berührt, in angemessener Form zu erledigen. Die Erfüllung der wirtschaftlichen Wünsche Litauens ist einfach nur möglich bei einer deutschen Vereinigung der politischen Atmosphäre.

Den Schwager als Geisel in Schughast genommen

Dortmund (Halboffizielle Conti-Meldung.) In der letzten Zeit entfaltete der „rühmlich“ bekannte ehemalige Landrat Hansmann eine unverhüllte Feindseligkeit gegen Deutschland über den Lübecker Sender. Um ihm die Freude an dieser Meinungsarbeit aus sicherer Stappe zu verderben, hat die Staatspolizeistelle Dortmund seinen Schwager, den Gutsverwalter Erdbrügger aus Dortmund-Saltingen, in Schughast genommen. Es ist erfreulich, daß die Behörden auf diese Weise Wege finden, um dem „Emigranten“ die Beschmutzung Deutschlands zu verleidern.

Leichte Erhöhung der Goldbestände bei der Reichsbank

Der Ausweis vom 7. August.

Berlin. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. August 1933 hat sich in der verlorenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Scheinen, Lombard und Effeten um 192,2 Millionen RM. auf 3 473,5 Mill. RM. verringert. Ein einzelner hat die Bestände an Handelswechseln und Scheinen um 110,0 auf 3 060,9 Mill. RM., die Bestände an Reichsbankwechseln um 3,3 auf 6,7 Mill. RM., und die Lombardbestände um 78,7 Millionen auf 85,9 Mill. RM. und die Effetenbestände um 0,2 Millionen auf 320,0 Mill. RM. abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 125,5 Mill. RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 114,1 Mill. auf 3 378,0 Mill. RM. vergrößert. Die Rentenbanknoten haben sich dementsprechend auf 11,4 Mill. auf 382,3 Mill. RM. verringert. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 18,8 Mill. auf 1 453,2 Mill. RM. ab. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbanknoten haben sich dementsprechend auf 26,7 Mill. RM., diejenigen an Scheidemünzen unter Berücksichtigung von 0,3 Mill. RM. Neuausprägungen auf 233,9 Mill. RM. erhöht. Die fremden Gelber zeigen mit 331,5 Mill. RM. eine Abnahme um 80,9 Mill. RM.

Die Bestände an Gold und edelfähigen Metallen haben sich um 13,2 Mill. auf 335,8 Mill. RM. erhöht. Ein einzelner hat die Goldbestände um 15,2 Mill. auf 260,2 Mill. RM. zugemommen und die Bestände an edelfähigen Metallen um 2,0 Millionen auf 75,6 Mill. RM. abgenommen. Die Edelkunststoffe betragen am 7. August 9,9 Prozent gegen 9,2 Prozent am Ultimo Juli d. J.

Der gesamte Apothekerstand opfert für das Notwerk

Allein 45 Apotheken spenden 25 000 Gulden.

Ein schönes Beispiel einmütiger Opferbereitschaft zeigt der Danziger Apothekerstand, der bekanntlich nach der Auflösung der früheren Standesvereine sich unter nationalsozialistischer Führung in der „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“ (St. D. A.) zu Danzig, zusammengeschlossen hat und als erster von allen Ständen im Sinne der berufssätzlichen Neuordnung vollkommen neuorganisiert und geschlossen dasteht.

In einem Schreiben vom 9. August d. J. an den Herrn Senatspräsidenten, Dr. Rauchning, teilt die St. D. A. dem Senat der Freien Stadt Danzig mit, daß

die 45 im Freistaatgebiet beständlichen Apotheken 2 Prozent ihres gefärmten Kranftafeln-Umlages zunächst für ein Jahr zur Förderung der Nationalen Arbeit zur Verfügung stellen. Dieses dürfte einer Summe von ca. 25 000 Gulden jährlich entsprechen.

Dieses Opfer ist um so höher zu bewerten, zumal die wirtschaftlichen Verhältnisse der Danziger Apotheken, insbesondere der kleinen und Landapotheken infolge der großen Versteuerung der Arzneimittel durch die hohen Zollsäcke alles andere als glänzend ist, und sich mitunter die Aufrechterhaltung der einzelnen Betriebe recht schwierig gestaltet.

In gleicher Weise haben die angestellten staatsgeamtinierten Apotheker, die in den 45 Apotheken des Freistaates Danzig tätig sind und ebenfalls der St. D. A. angehören, beschlossen, zunächst

für ein Jahr monatlich 1 Prozent ihres Gehaltes

dem Notwerk zur Behebung der Arbeitslosigkeit zuzuführen.

Da selbst die Standesjugend Deutscher Apotheker, Danzig, die der St. D. A. angeschlossen ist und alle vorexaminierten Apotheker-Assistenten und Praktikanten umfassen, will bei diesem nationalen Opfer nicht fehlen, indem sie ebenfalls 1 Prozent ihres Monatsgehaltes laufend für ein Jahr zur Verfügung stellt.

Die erste Warschauer Zusammenkunft über die Hafenfrage.

Amtlich wird mitgeteilt:

In dem Vereinkommen vom 5. August 1933 über die Ausnutzung des Danziger Hafens sind Zusammenkünfte der beiden Regierungen in regelmäßigen Zeitabständen vorgesehen, um dem Danziger Hafen eine gleiche Beteiligung am seewärtigen Verkehr zu sichern. Die erste Zusammenkunft dieser Art findet auf Einladung der polnischen Regierung vom 10. August 1933 ab in Warschau statt. Die Vertreter der Danziger Regierung begeben sich heute nach Warschau.

Die falsche Straßenseite eingehalten

Polnischer Motorradfahrer fährt ein Kind an.

Am Mittwoch ereignete sich auf der Chaussee Platenhof-Diegenhof ein Motorradunfall, der nur durch einen Zufall noch glücklich abgelaufen ist. Um 18 Uhr kam der polnische Polizeiaffe Eugen J. von Karzmarek aus Stutthof mit einem schweren Motorrade von Richtung Platenhof. 40 Meter vor der Diegenhöfer Gaigenbrücke stand rechts auf der Chaussee ein Lieferwagen. Er überholte diejenigen an der linken Seite, hielt jedoch diese Richtung bei, anstatt wieder auf die rechte Fahrbahn zu lenken. In diesem Augenblick bog der 9-jährige Schüler Harry Dannenberg (Diegenhof) von der Ortsflieger Kurve her kommend auf einem Fahrrade in die Chausseemündung ein. Da der Schule sich vorchristlich rechts hielt, geriet er direkt vor das Motorrad und wurde angefahren. Durch die Wucht des Anpralls wurde das Vorderrad demoliert, der Schüler stürzte und kam wie durch ein Wunder, mit Hautabschürfungen an den Knieen davon, trotzdem er sich in voller Fahrt befunden hatte und beim Abbremsen mit der Maschine noch 10 Meter weiter gerutscht war.

Leibhusaren-Quadrille im Zoppoter Kurgarten.

Die Danziger Reitgesellschaft veranstaltete die bereits gewohnt gewordene Quadrille im Zoppoter Kurgarten in diesem Jahre am Sonnabend, den 19. August 1933. Die Quadrille wird diesesmal geritten in den leichten Kriegsuniformen der Kavallerie-Regimenter des 17. Armeekorps. Es werden also beteiligt sein vier 1. und vier 2. Leibhusaren, deren Garnison bekanntlich Langfuhr war. Die Reiter sind zum Teil ehemalige Angehörige dieser Regimenter in eigenen Uniformen. Ferner vier 5. Husaren, Garnison Stolp und vier Jäger zu Pferd, die in Graudenz in Garnison lagen. Geführt wird die Quadrille von dem Reitlehrer der Danziger Reitgesellschaft in der Uniform eines Offiziers der 1. Leibhusaren. Die Vorführung dieser Quadrille dürfte bei alt und jung schöne Erinnerungen an alte Zeiten wach rufen.

Ferner wird die Quadrille am Freitag, den 25. August im Rahmen der Danziger Volksporttage nochmals gezeigt werden. Außerdem beteiligt sich die Danziger Reitgesellschaft an dem großen Faschzug aller Sportverbände am Sonnabend, 26. August.

Landwirtschaftliche Unfälle im Werder

Der Stellmacher Alfred Milbrodt aus Kl. Montau sollte für den Hofbäcker Otto N. Getreide fahren. Beim Rückweg vom Felde schente das Gespann und ging durch. Al. fiel vom Rechen herab und verletzte sich Arm und Fußknöchel.

In Neukirch versuchte der Arbeiter Jakob Schäping, als er von der Arbeit heimkehrte, sich den Weg abzukürzen, indem er über einen Graben sprang. Der Mann nahm den Anlauf zu kurz und rutschte am gegenüberliegenden Rande ab. Hierbei brach der Unvorsichtige sich das rechte Schlüsselbein.

Während der Arbeiter Kurt Wiens, der bei dem Beförderer Willi D. in Schönhorst beschäftigt ist, ein Beigefüll vom Wagen laden wollte und sich gerade gebüllt hatte, zogen die Pferde unvermutet an. W. überstieg sich in der Lust und preßte mit dem Rücken auf das Pferd. Eine Zerrung der Rückenmuskulatur war die Folge.

Als der Landarbeiter Erdmann Grambau sich auf dem Felde des Hoffestlers Johann R. in Jungfer befand, zog plötzlich ein Gewitter auf, worauf G. beim Sattelasperre Schutz suchte. In diesem Augenblick zuckte ein Blitz herab. Von dem durchgehenden Gespann wurde der Arbeiter auf die Egge geworfen, deren Zinzen ihm die rechte Hand und den Arm aufriß.

Die Reichsregierung missbilligt die Terrorakte gegen Österreich

Die Antwort auf die italienischen Vorstellungen.

London. Zu dem Schritte der englischen Regierung in Berlin in der Frage der deutsch-österreichischen Spannung, über den wir auf Grund der amtlichen deutschen Meldungen berichteten, erfährt das Reutersehe Büro aus dem englischen Auswärtigen Amt:

Der österreichische Geschäftsträger in London begab sich Mittwoch nachmittags in das Auswärtige Amt und wurde dadurch informiert, die britische Regierung sei von der italienischen Regierung am 6. August verständigt worden, daß die deutsche Regierung der italienischen Regierung Zusicherungen gegeben habe, sie werde ihr Bestes tun, um die Überlieferung österreichischer Gebiete durch deutsche Flugzeuge zu verhindern und sie von deutschen Gunststationen gegen die österreichische Regierung betriebene Propaganda einzuschränken, indem sie die Zensur strenger gestalten werde.

Überdies habe die deutsche Regierung ihre Missbilligung über die gegen die österreichische Regierung begangenen terroristischen Akte ausgesprochen,

obwohl sie dafür nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Unter diesen Umständen sei der von der britischen Regierung unmittelbar gewünschte Zweck erreicht gewesen und der britische Geschäftsträger in Berlin habe davon die deutsche Regierung am 7. August verständigt und gleichzeitig die Vorstellungen dargelegt, die im gegenteiligen Falle gemacht worden wären.

Der österreichische Geschäftsträger wurde dahin informiert, daß angesichts der Zusicherungen der deutschen Regierung die britische Regierung hoffe,

dass es keinerlei Weiterholung solcher Zwischenfälle geben werde.

Dem Geschäftsträger wurde erklärt, daß die gestern dem britischen Geschäftsträger in Berlin seitens der deutschen Regierung gegebene Antwort die von der deutschen Regierung dem italienischen Botschafter gegebene Erklärung nicht berührte.

Der ernste Grenzüberschreitungsfall bei Ruffstein

Die österreichische Darstellung.

Über die Errichtung eines österreichischen Hilfspolizisten an der bayerisch-österreichischen Grenze bei Ruffstein, vor der wir gestern die amtliche WTB-Meldung brachten, berichtet die österreichische „Reichspost“, das Organ der österreichischen Sozialen Partei, aus Ruffstein folgendermaßen:

Dienstag vormittag gegen 11 Uhr wurde der 26-jährige Hilfspolizist Michael Schwaninger, der sich mit dem Hilfspolizisten Klingler auf einem Patrouillengang an der Landesgrenze befand, durch einen Brustschuß getötet.

Der Mord ereignete sich auf dem oberen Teil der Hechtfeststraße, zwischen den Ausweichen 8 und 9. Der Mordfall war plärrig vorbereitet, und zwar, wie bereits festgestellt werden konnte, von 15 Leuten. Zehn von ihnen waren in St. Val, während fünf von ihnen Stahlhelme und Windjacken trugen. Diese hatten sich

Die Danziger SS-Kapelle in München.

Die 40 Mann starke Kapelle der SS-Standarte 33 Danzig, die sich bekanntlich auf einer großen Deutschlandreise befindet, war gestern in München zu Gast. Sie spielte unter der Leitung des Musikzug- und Sturmführers Hans Eichhorn vom ehemaligen 1. Leibhusarenregiment Danzig. Die Kapelle gab ein Konzert unter dem Wahlspruch „Danzig bleibt deutsch“.

Im Laufe des Abends begrüßte der stellv. Gauleiter der NSDAP, Nippold, die Danziger SS-Kameraden mit herzlichen Worten, anschließend nahm der Danziger Senator Bäker das Wort. Er überbrachte unter stürmischem Jubel die Grüße seiner Heimat. Wir haben, so fuhr der Redner fort, für unser Vaterland über ein Dahrzehnt bluteten müssen. Wir haben gekämpft und gerungen für unsere schöne deutsche Stadt. Wir wußten, daß wir für unsere Heimat kämpften und wir zeigten, daß wir in dem abgetrennten Gebiet nicht dem undeutlichen Einfluß erliegen.

Wir haben bemerkt, daß dieses Land deutsch ist und deutsch bleibt. Wenn wir heute zu Ihnen gekommen sind, dann gewiß nicht, weil wir eine schöne Reise machen wollten, sondern um Sie wachzurütteln, daß Sie auch über Grenzen hinaus, daß Sie Großdeutsch denken lernen. Der Redner schloß mit dem Bekenntnis: Wir sind deutsch, müssen einst wieder deutsch werden! Unter Wahlspruch heißt: Danzig ist unsere Heimat, aber Deutschland ist unser Vaterland.

Staatskommissare für Bohnsack und Schnakenburg

Auf Grund der Verordnung über die vorübergehende Einsetzung von Staatsbeamten (Staatskommissaren) in Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 29. Juli 1933 ist der Fischer Hermann Stein zu Bohnsack zum Staatskommissar für die Gemeinde Bohnsack ernannt und ihm die ganze Verwaltung der Gemeinde an Stelle des zuständigen Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung übertragen worden.

Ferner ist der Gärtner Eduard Ziesmer zu Schnakenburg zum Staatskommissar für die Gemeinde Schnakenburg ernannt und ihm die ganze Verwaltung der Gemeinde an Stelle des zuständigen Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung übertragen worden.

Kommunist provoziert Passanten in Neuteich

Vor einigen Tagen machte sich der Arbeiter Josef Jelinski, ein früherer Anhänger des Rößtroskämpferbundes, in den Straßen der Stadt Neuteich dadurch unmöglich, daß er Passanten mit dem Gegrüble: „Heil Moskau“ provozierte. Der Aufsichter wurde festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt.

Beim Henabladen verunglückt.

Sich mit der Heugabel ausgespielt.

Der 41 Jahre alte Landwirt Aloisius Murschinski half am Dienstag seiner Schwägerin und deren Sohn in Klaudau beim Heubladen. M. stand auf dem Wagen und stak das Heu durch die Giebel Luke auf den Boden. Er machte dabei einen Heftsturz und stürzte zwischen Wagen und Haus hinunter. Dabei stieß er sich die Heugabel, die er unglücklicherweise in der Hand behalten hatte, durch den rechten Oberschenkel. Nachdem ein Arzt ihm die erste Hilfe geleistet hatte, wurde er nach Danzig in ein Krankenhaus gebracht.

Der Vorsitzende des Württembergischen Offiziersbundes seines Amtes entthoben

Stuttgart. Wie der „NS-Kurier“ berichtet, ist Generalleutnant a. D. von Teichmann, der Vorsitzende des Württembergischen Offiziersbundes seines Amtes entthoben worden, weil er sich geweigert hat, eine Ortsgruppe des Offiziersbundes in Oberndorf-Niedar, die eine feindselige Einstellung gegen den nationalsozialistischen Staat erkennen ließ, aufzulösen. Von Verhängung der Schußhaft gegen Generalleutnant von Teichmann wurde wegen seines hohen Alters abgesehen.

Walbo fliegt ohne weitere Zwischenlandung nach Ostia.

Paris. Das französische Luftfahrtministerium gibt bekannt, daß General Walbo beschlossen habe, mit seinem Geschwader in Südfrankreich keine Zwischenlandung vorzunehmen, sondern am 12. 8. von Lissabon direkt nach Ostia zurückzufahren.

Auflösung einer deutschnationalen Versammlung

Am Mittwoch fand in Neufahrwasser in dem Hause Saiperstraße 35 eine Versammlung der dortigen Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei statt. Angeblich sind in dieser Versammlung acht fälschige Redensarten über die NSDAP gemacht, so daß sich vor dem Hause eine erregte Menschenmenge ansammelte. Da die Stimmung dieser Menge immer erregter wurde, ordnete die Polizei die Auflösung dieser Versammlung an. Die Versammlungslieder der Ortsgruppe wurden zur zuständigen Polizeiwache festgestellt und dann entlassen.

Symphoniekonzert der „Deutschen Bühne“.

Das hochfreudliche Interesse, das auch in diesem Jahre wieder unsere Waldoper bei jung und alt geweckt hat, zeigt deutlich, wie mühelos der Danziger im Grunde seines Herzens ist. Es muß daher mit freudigem Dank begrüßt werden, daß Generalmusikdirektor Orthmann für die kommende Winteraison 6 Symphoniekonzerte durchzuführen gedenkt, die an Programm wie an ersten Solisten ausserlebene bieten sollen. In der richtigen Erkenntnis der wirtschaftlichen Notlage unserer Zeit sollen auch bei diesen Veranstaltungen die weniger bemittelten Kreise nicht zu kurz kommen. Die Konzerte werden daher im Rahmen der „Deutschen Bühne“ im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus stattfinden. Die Preise sind außerordentlich billig festgesetzt. Sie betragen im Abonnement pro Abend 2.65, 1.65, 1.25 und 0.85 Gulden für Sitzplätze.

Abonnementbestellungen nimmt täglich das Büro der „Deutschen Bühne“, 2. Damm 12, entgegen. Auskunftserteilung von 10-13 Uhr.

* Das Fest der Silberhochzeit feiert am Freitag Lehrer Paul Lehnert mit seiner Gattin, wohnhaft Langfuhr, An der Königshöhe 32.

* Die Ausfuhrprämie bei Fleischwaren. Die Verordnung vom 22. 4. 1932 über die Zollverstaatlichung (Ausfuhrprämie) bei der Ausfuhr einiger Fleischwaren tritt nach der Verordnung vom 27. 7. 1933 am 21. 8. 1933 außer Kraft, jedoch bleiben die auf Grund der angezogenen Verordnung vom 22. 4. 1932 erteilten Ausfuhrkästen für die Zeit, für die sie ausgestellt sind, gültig und können in der festgesetzten Weise ausgenutzt werden.

Wechseld bewölkt und windig

Übersicht: Das skandinavische Tiefdruckgebiet hat sich erneut etwas vertieft. Sein Kern liegt heute früh über Mittelskandinavien. Das über den Alandsinseln gelegene Tiefdruck wandert südostwärts und läßt die Druckgegensäfte bei uns sich weiter verstärken. Die Winde aus der östlichen Ostsee erreichen heute Stärke 7-8.

Heute nachm: Wolkig, zeitweise aufsichtend, frische bis stete westliche Winde.

Freitag: Wechseld bewölkt, vorwiegend trocken, frische West- bis Nordwestwind, wenig kühler.

Sonnabend: Verbesserung der Wetterlage.

Seebäder nachrichten

B a d	Temperaturen am 10. 8. 1933		Zahl der Badenden am 9. 8. 1933
	Wasser	Aufl	
Heubude . . .	18	22	882
Brüsen . . .	18	21	494
Glettflau . . .	18	19	353
Zoppot . . .	19	21	1139

Standesamt I Danzig.

Todesfälle. Witwe Anna Eggebrecht, geb. Knopp, 66 Jahre. — Rentier Rudolf Engler, 58 Jahre. — Rentmeister i. R. Rudolf Hinz, fast 70 Jahre. — Sohn des Eisenbahn-Assistenten Max Kempinski, 14 Wochen. — Süße Anna Claassen, 57 Jahre. — Schmiedemeister Gottfried Komnik, 76 Jahre. — Witwe Hedwig Blaiborsdorf, geb. Rössler, 44 J. — Ehefrau Helene Kindel, geb. Krause, 31 Jahre.

Standesamt II Danzig-Langfuhr.

Todesfälle: Tochter Ingeborg des Buchdruckmeisters Johann Westa, 2 Jahre. — Witwe Martha Krause, geb. Schönhoff, vorm. verh. Müller, 72 Jahre. — Staatsrat, Dipl. Ing. Marian Dziewiński aus Warschau, 58 Jahre. — Unehelich: 1 Tochter, 6 Tage.

Polizeibericht vom 10. August 1933.

Gefunden: 1 gold. Gliederarmband gest. 585, 1 braune Altentasche entl. 2 Thermosflaschen, 5 Kaffeeköpfe, 1 Kanne, 1 Trommelrevolver, 1 grüne Schillermütze, 1 Karton mit Detektors Puddingpulver, 3 Schlüssel am Ringe, (darunter 1 Hahnenschlüssel).

Schreibfertleiter: Franz Steffen (s. St. in Urlaub).</

Marianische Jungfrauenkongregation
Altschottland.

Am Dienstag früh entschlief in Gott
unser liebes Mitglied

Natalie Mischker

Freitag, den 11. ds. Mts., vormittags
9 Uhr Requiem; daran anschließend
Beerdigung in Altschottland.

Für die mir anlässlich des Ablebens
meines lieben Mannes
des Zollbetriebsassistenten

Franz Stefanowski

so zählig und herzig erwiesene
Teilnahme sowie für die vielen Kranz-
und Blumenspenden gestatte ich mir
allen lieben Verwandten, Freunden und
Bekannten, besonders aber seinen hohen
Vorgesetzten und werten Kollegen sowie
der Gemeinschaft kath. Beamten auf
diesem Wege innigst zu danken, da es
mir nicht möglich ist, so wie ich es
möchte, einem jeden einzeln meinen
besonderen Dank auszusprechen.

Frau Monika Stefanowski
geb. Kaminski

Barenhütte, den 10. August 1933.

Für die so überaus herzlichen Beweise
inniger Teilnahme beim Heimgange
unserer lieben Mutter sagen wir allen
Freunden und Bekannten, sowie dem
Cäcilienverein und Mütterverein, ins-
besondere dem hochw. Herrn Vikar
Kiewert, unseren aufrichtigsten Dank.

Familie Selonke.

Franz Böhm & Co.
Hundegasse 41. Tel. 24375.
KOHLEN.

Brautleute Zur
Beachtung!

Ein großer Posten
Kücheneinrichtungen
eingetroffen, neueste Modelle.

**Schöne Schlafzimmer und
Einzelmöbel** zu enorm billigen Preisen.

Möbelhaus David
II. Damm 7

Neufahrwasser
Damen- u. Herren-Moden
nach Maß
Reparaturen und Bügeln
Paul Natschke, Schneidermeister,
Seemannstraße 9.

Sperrplatten

jetzt billiger!

3 mm, 155/120 cm, nur 50 P

4 mm, 155/120 cm, nur 70 P

Tapetenleisten

Riesengroße Lager!

Überzeugen Sie sich von meiner
Leistungsfähigkeit!

Marschall,

Brotbäckengasse 12

Alle Tischler-
Werkzeuge

von **W. Müller**

Lange Brücke 53

Tel. 213 80

Neue Salz-Dillgurken

bleiben an

C. W. Kühne G. m. b. H.

Essig-, Mostrich- u. Konservenfabrik

Tel. Nr. 24184.

Käsehandlung

Böttcherstrasse 3

empfiehlt alle Sorten Käse zu billigsten Preisen.

Größte Haltbarkeit

durch Verwendung besten Einband-
materials, schönsten Dünndruckpapiers,

handliches Format

fast mehr als 550 Seiten Inhalts,

beste Lesbarkeit

sowohl der Noten wie der Schrift, auch in
schlecht erleuchtetem Raume,

sind die Vorteile

des neuen Danziger

Gesang- und Gebetbuches

das Mitte August zur Ausgabe gelangen wird

Westpr. Verlag AG.

Danzig, Am Sande 2. Tel. 24796/97.

Westpr. Verlag AG.

Danzig, Am Sande 2. Tel. 24796/97.

Neufahrwasser

Damen- u. Herren-Moden

nach Maß

Reparaturen und Bügeln

Paul Natschke, Schneidermeister,

Seemannstraße 9.

Gesellen nach Kollektion

100 Pf. pro Tag

Zur Enthüllung des Ehrenmals auf dem Wiebenwall

Das Danziger Grenadier-Regiment Nr. 5

Aus der Geschichte des ruhmreichen Regiments.

Am kommenden Sonntag findet bekanntlich auf dem Wiebenwall die feierliche Enthüllung des Ehrenmals des Danziger Grenadier-Regiments Nr. 5 statt. Aus diesem Grunde dürfte nachstehender Aufsatz über die Geschichte des Regiments allgemein Interesse begegnen.

Am 11. März 1889 wurde durch den damaligen Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg, späteren ersten Preußenkönig Friedrich I. mit dem Oberst Graf Alexander zu Dohna nachstehende Kapitulation abgeschlossen:

„Wir Friedrich der dritte ihn kundi und geben hiermit jedermannlich, denen es zu wissen nöthig ist, in gnaden zu vernehmen, daß Wir den hochwohlgeborenen und Unsern Obristen zu Fuß Alexander Graffen und Burggraffen zu Dohna wegen des zu thme habenden gnädigsten Vertrauen, wie auch wegen der Unsern Churfürstlichen Hause allemahl erwiesenen sonderbahren devotedion und bis her geleisteten guten Dienste, ein bataillon zu Fuß von fünf compagnien untergeben, und darüber demselben nächstehende capitulation zu ertheilen nöthig erachtet haben.

Aufsäuglich und zuzördert conserieren Wir wohlbestanden Unseren Obristen ein bataillon zu Fuß, welche bestehen soll und formiret werden nebst dem halben Stab aus zwei compagnien von dem Churländischen Regiments zu Fuß nemlich seiner und Carnischen dann auch aus einer compagnie von dem Briquemalischen bataillon und die zwei übrigen compagnien sollen gemacht werden von den commandirten auf Colberg, Driesen, Cüstrin, Peitz und der garnison Spandow, so ins gesamt 5 compagnien ausmachen.“

Das war der Anfang eines Regiments, das nach mehr als 230jährigem ruhmvollen Bestehen durch den Nachspruch von Versailles ebenso wie alle andern Regimenter des Deutschen Reiches der Auflösung anheimfiel.

Schon 1890 standen Teile des jungen Regiments, das bald aus dem Bataillon gebildet wurde, im Kampf gegen den deutschen Feind, die Franzosen, am Rhein.

Ein Bataillon kämpfte 1891 gegen die Türken in Ungarn.

Von 1705—1713 im spanischen Erbfolgekriege in dem heutigen Belgien und in Nordfrankreich gegen die Franzosen kämpfend, erwarb das Regiment sich besondere Ruhm in der Schlacht von Malplaquet. Der Regimentstambour erhielt einen Ehrenschild mit der Inschrift „Nec soli credit“ (Selbst der Sonne weicht er vor preußischen Wülfen nicht).

Die Kriege Friedrichs des Großen lieben unsre Grenadiere auf fast allen seinen Kriegsschauplätzen. In allen drei schlesischen Kriegen hat das Regiment mit Auszeichnung gekämpft. Schlachtennamen wie Chotusitz im ersten Kriege, Hohenfriedberg im zweiten Kunden seinen Ruhm bei den Entscheidungen dieser ersten beiden Feldzüge des großen Königs.

Der Siebenjährige Krieg

sah das Regiment in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg (Neumark) und Schlesien. Groß-Jägerndorf, Jörndorf, Kunersdorf, Kolberg, Leutmannsdorfer Höhe, Schleisnitz und viele andere Schlachten haben die 5. Grenadiere kämpfen und sterben für Preußen Ruhm und Größe. 120 Offiziere und 4200 Mann waren das Opfer, das dargebracht war, um Preußen vor dem Untergang zu bewahren und damit die Lande östlich der Oder für immer deutsch zu erhalten.

Der englisch-niederländische Krieg von 1806/7 sah drei Bataillone in Danzig, während zwei weitere Compagnien in Ostpreußen waren und nur an der Schlacht von Preußisch Eylau teilnahmen, in der befannlich Napoleon I. zum erstenmale nicht Sieger war. Über die Verteidigung Danzigs erscheint ein besonderer Bericht.

Dem Körps des späteren Generalfeldmarschalls Graf v. Wartensburg angehörig, mußte das Regiment im linken Flügel der Armee Napoleons an dem

Feldzug gegen Russland 1812

teilnehmen bis das Abkommen Yorks mit dem russischen General Diebitsch es wieder nach Ostpreußen zurückführte.

Nach mehreren kleinen Kämpfen konnte es Schlachtennamen wie Großbeeren, Dennewitz, wo heute noch ein Denkmal an der Windmühle an die vom Regiment bewiesene besondere Tapferkeit erinnert, von Leipzig Antwerpen, Lübeck in sein Gelehrtenbuch eintragen.

1813 kamen zwei Bataillone nach Danzig, das Küsseler Bataillon folgte 1816 endgültig, nachdem es mehrfach die Garnison gewechselt hatte.

Der Krieg gegen Österreich sah das Regiment in den Gefechten von Trautenau und Tobitschau sowie in der Schlacht bei Königgrätz.

Im deutsch-französischen Krieg hatte das Regiment Anteil an den Einführungskämpfen um Metz-Co-

lombey — Douilly und Gravelotte — und der Einführung der Armee des französischen Marschalls Bazaine mit deren Ausfallkämpfen.

Nach der Kapitulation von Metz wurde das Regiment in Nordfrankreich verendet und drang bis Rouen und schließlich bis Le Havre und Dieppe am Kanal vor.

Unter großer Anteilnahme der Danziger Bevölkerung konnte das Regiment 1889 sein 200jähriges Bestehen feierlich begehen.

Nachdem durch eine Allerhöchste Kabinettsordre Sr. Majestät des Kaisers der Sitzungstag auf den 11. März festgelegt war, erhielt das Regiment am 6. November 1888 seinen Namen, den es bis zum bitteren Ende tragen sollte:

Grenadier-Regiment König Friedrich I. (4. Ostpr.) Nr. 5.

Am 27. Januar 1889 wurde statt der Nummer „5“ die Führung des Namenszuges des ersten Preußenkönigs mit der

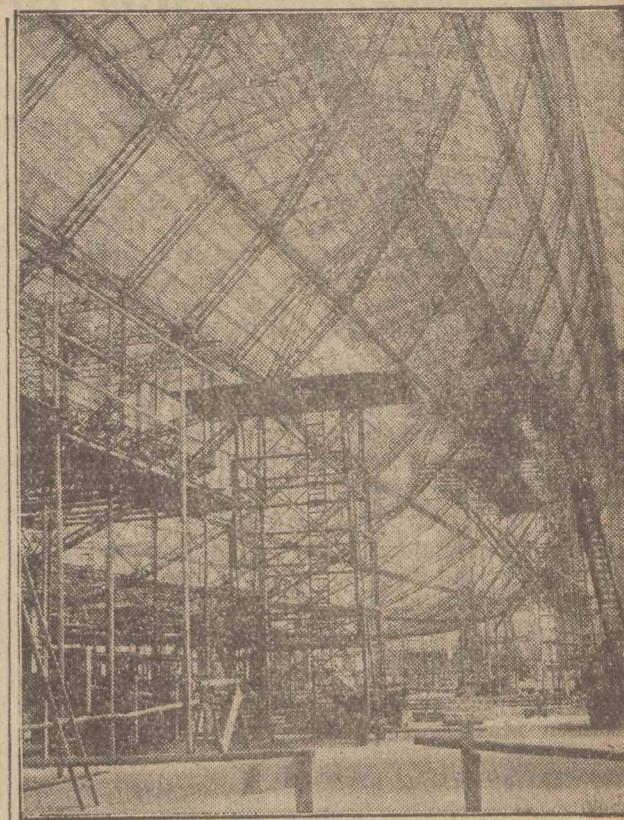
Krone „R. I.“ auf Achselstück und Achselklappen angeordnet. Am 25. Februar 1889 wurden Säulenabschleifen für die Fahnen verliehen.

Am 2. März 1889 wurde der verlorengangene Auszeichnungsschild für den Regimentstambour erneuert und am 11. März 1889 verlieh Sr. Majestät der Kaiser dem Regiment sein Bild, das seinen Platz im Offizierskasino erhielt.

Am 11. März 1914 konnte das 225jährige Bestehe gefeiert werden.

Auf eine 225jährige ruhmreiche Geschichte sieht unser Regiment heute zurück. Auf jedem Blatt dieser Geschichte steht „Pflichterfüllung bis zum Tode.“ — So rief der damalige Regimentskommandeur, jetzt im Ruhestand in Zoppot lebende Generalleutnant Frhr. v. Giechendorff dem Regiment im Appell auf den Hagelsberg zu, um nachher hinzuzufügen: „Wenn einmal der Ruf an uns, Grenadiere, ergeht: Zu den Waffen, zu Ehre und Tod! dann wollen wir alles daransetzen, zu zeigen, daß wir die würdigen Söhne sind unserer Väter, würdige Söhne unsres alten, ruhmreichen Regiments.“

Sie haben im Weltkriege gezeigt, daß sie würdig waren, alle, alle, die in den Reihen des Regiments gestanden haben im Osten in Ostpreußen und Russland, im Westen in Frankreich und Flandern. Alle, die als aktive Soldaten hinauszogen und alle, die die Mobilmachungsbefehl aus der Heimatbedrohung immer wieder — und viele nach mehrfacher Verwundung immer aufs neue — in seine Reihen rief.



Deutschlands neuer Zeppelin.

Unser Bild gibt einen Blick auf das jetzt fertiggestellte Aluminiumgerüst des neuen deutschen Zeppelin-Luftschiffes „LZ. 129“ in Friedrichshafen.

Vorräte zu schaffen, scheiterte. So blieb doch nichts anderes übrig, als den 76 Tage lang so tapfer vertheidigten Platz zu räumen.

Freilich, der Feind verstand sich zu anderen Bedingungen, denn noch am 17. Mai hielt der Marschall Lefèvre die Eroberung des Hagelsbergs in absehbarer Zeit für unmöglich und wollte den ganzen Angriff nach dem Bischofsberg verlegen, um hier den Durchbruch zu versuchen. Der Befehl des Kaisers vereitelte die Absicht.

Am 26. Mai kam es zum

Abschluß der Übergabeverhandlungen.

Die Bedingungen waren, daß die gesamte Garnison, ein schließlich russischer Verstärkungen, noch 335 Offiziere, 12 448 Mann und 1275 Pferde stark, mit Waffen und Gerät, liegenden Fahnen unter klingendem Spiel und mit zwei Geschützen aus dem Langarter Tor nach Pillau abrücken durfte, unter der Verpflichtung, ein Jahr lang nicht gegen Frankreich zu marschieren.

Die Waffenrechte der Regimenter, die Danzig vertheidigten, war gerettet.

Mit Stolz haben die Grenadiere aller Zeiten aus der Regimentsgeschichte gesehen, daß gerade ihre Vorfahren es gewesen, die mit das meiste dazu beigetragen haben, dem stolzen Körps dieses Zugeständnis abzuwenden.

Schneider,

Vorsitzender des Vereins ehem. 5er.

Die Schweiz gegen den deutschen Nationalsozialismus.

Zürich. Nach Berichten der deutschen Presse hat in Recklinghausen der Reichsstatthalter Dr. Meyer vor einer SA-Standarte eine Rede gehalten, in der er folgendes ausführte: „Die deutsche Revolution soll der Welt ein anderes Gesicht geben. Wir wollen neue Menschen formen. Eines Tages wird die deutsche Revolution nicht auf Deutschland befrankt bleiben. Wir haben die Brandfackel in alle Staaten der Erde geworfen. Sie haben sich früher oder später alle mit dem deutschen Nationalsozialismus in irgend einer Form auseinanderzusetzen. So seid ihr, Kameraden der SA, Pioniere nicht nur der deutschen, sondern auch der Weltrevolution!“

Zu diesen Aussäufungen schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“: „Es ist eine hohe Amtsperson des Dritten Reiches, die in diesen Sätzen eine Konzeption der nationalsozialistischen Idee verkündet, die man als „braunen Imperialismus“ bezeichnen könnte, nachdem die Welt schon seit langem einen „roten Imperialismus“ kennt, dessen Terminologie in Munde deutscher Nationalsozialisten nicht zum erstenmal wiederkehrt. Die Erklärung, daß die deutsche Revolution „die Brandfackel“ in alle Staaten der Erde geworfen habe, und die Propagierung der Erweiterung der deutschen Revolution zur „Weltrevolution“ erinnert tatsächlich in fataler Weise an die Methoden der von Moskau aus dirigierten Propaganda für den Weltbolschewismus. Wie diese Moskauer Propaganda darauf gerichtet ist, alle Staaten zum russischen Sozialismus zu bekehren, so erhebt jetzt die nationalsozialistische Propaganda den Anspruch auf Weltgeltung des „deutschen Sozialismus“. Mussolini hat seinerzeit geagt, der Nationalsozialismus sei kein Exportartikel; soll der Nationalsozialismus ein solcher Exportartikel werden? Wir bezeichnen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und der übrigen Welt durch einen solchen Ideenexport gefördert würden; jedenfalls schätzt es niemand, wenn ihm von seinem Nachbar eine „Brandfackel“ ins Haus geworfen wird.“

Beröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen nur in NSDAP-Blättern?

München. Die bayerische Regierung hat ein Gesetz beschlossen, daß die Veröffentlichung von Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden regelt. Staats- und Gemeindebehörden dürfen danach ihre Bekanntmachungen nur in einer in ihrem Bezirk erscheinenden nationalsozialistischen Tageszeitung, die ausdrücklich vom Reichsleiter der NSDAP als solche anerkannt ist, vornehmen. Ist eine nationalsozialistische Zeitung nicht vorhanden, so haben die Veröffentlichungen in einer Zeitung zu erfolgen, die schon vor der nationalen Erhebung die nationalsozialistische Bewegung nicht bekämpft hat. Abbrückerlaubnis kann von den Behörden auch anderen Zeitungen für Bekanntmachungen erteilt werden, sofern der Zeitungsverleger darum nachsucht. Die Bestimmungen des Gesetzes gelten auch für die Bezirke, Kreise und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes.



„Luftangriff“ auf München.

Unser Bild berichtet von einer großen Luftangriffübung in München, die der gesamten Bevölkerung die Gefahren eines Luftangriffs vor Augen führt und ihr damit die Bedeutung der Luftschutzbewegung eindringlich klar machen sollte: eine SA-Gaswuchsstaffel marschiert durch die Marstadt.

folgendem Schreiben an den Gouverneur:

„Die schändlichen Bedingungen, die der Feind von uns verlangt, haben das ganze Offizierkorps und mich, die wir den Hagelsberg zu verteidigen die Ehre haben, bewogen, Ew. Exzellenz unverzüglich zu bitten, uns bei einer Fahne den heiligsten Schwur leisten zu lassen, daß wir uns alle lieber unter dem Schutz des Hagelsberges wollen begraben lassen, als eine preußischen Offizier ehrenwidrige Kapitulation einzugehen.“

Hagelsberg, den 23. Mai 1807.

v. Horn.

Aber die Munition der Besatzung war erschöpft. Ein Versuch einer englischen Fregatte, die die Weichsel hinaufzufahren versuchte, aber bald fest sah, neue

Staatskommissar für den Höhen-Kreis

Kreisausschuss und Kreistag werden abgesetzt — Landrat Dr. Gallach kündigt eine durchgreifende Verwaltungsreform an — Personelle Änderungen in der Verwaltung des Kreises

Die Pläne zur Arbeitsbeschaffung.

Wie Landrat Dr. Gallach in einer Presseeröffnung am Mittwoch vormittag mitteilte, werden in einzelnen Bezirke im absolut nationalsozialistischen Geiste geführt wird.

Durchführung des Führerprinzips die bisherigen Vertretungen des Kreises Danziger Höhe, der Kreisausschuss und der Kreistag, in den nächsten Tagen abgelehnt. Dr. Gallach wird vom Senat zum Staatskommissar für den Kreis Danziger Höhe ernannt. Diese Maßnahme erfolgt im Zuge einer allgemeinen Verwaltungsreform, die Landrat Gallach in seinem Kreise durchführen will und die Ausschaltung beider parlamentarischen Körperschaften zur Voraussetzung hat. Die Verwaltung des Kreises wird nach der gleichen Amtskündigung in Zukunft ausschließlich auf autoritärer Grundlage erfolgen.

Die jetzige Zusammensetzung des Kreisausschusses und des Kreistages entspricht, wie Landrat Gallach ausführte, nicht mehr der Stimmung der Bevölkerung, wie sie durch die letzten Wahlen gezeichnet wird. Aus diesem Grunde lag die Annahme nahe, daß sich die beiden parlamentarischen Instanzen des Kreises als ein retardierendes Moment bei den Reformmaßnahmen erweisen könnten und ihre Ausschaltung daher im Sinne dieser Bestrebungen bringend geboten erscheint. Der Landrat wird es sich hierbei zum Prinzip machen, seine

Anordnungen in enger Zusammenarbeit mit der hiesigen Gauleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

zu treffen, die durch den Kreisleiter Stangneth in enger Führung mit den behördlichen Stellen des Kreises steht. Durch persönliche Aussprachen mit ihm werden die grundlegenden Pläne des Landratsamts besprochen werden, das namentlich auch in personeller Hinsicht den Vorschlägen des Kreisleiters starke Beachtung schenken wird. Wenn auch der Landrat in seiner amtlichen Eigenschaft als Verwaltungsleiter des Kreises dem Senat untergeordnet ist, so bestehen doch nach der staatlichen Ummärselung für ihn in politischer Hinsicht gewisse Bindungen zu der Gauleitung der NSDAP, die er berücksichtigen muß.

Bereits in nächster Zeit werden eine Reihe Amts- und Gemeindevorsteher neu ernannt, wobei es Aufgabe des Landrats sein werde, die Auswahl der für diese Amter in Frage kommenden Persönlichkeiten so zu treffen, daß die Verwaltung der

Verwaltung der Ueberlandzentrale Troschin-Prangshin,

die im übrigen in diesen Tagen auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken kann. Verschiedene Bezirke im südlichen Teile des Kreises sind hinsichtlich der Stromversorgung noch an das Dirschauer Leitungsnetz angegeschlossen. Auf Grund eines Kaufvertrages mit den betreffenden polnischen Behördenstellen ist das im Höhenkreis gelegene polnische Leitungsnetz in den Bezirk des Kreises übergegangen, der sich nunmehr in der Stromlieferung völlig unabhängig von Dirschau gemacht hat. Über die beabsichtigten

übergehenden Fahrzeuge nach Möglichkeit schonend zu behandeln.

Landrat Dr. Gallach ging dann noch auf die Frage der Unterbringung der Kreisverwaltung ein. Die jetzigen Gebäude, die noch aus der friderizianischen Zeit stammen, genügen in ihrer unübersichtlichen Anordnung nur kaum den Anforderungen eines neuzeitlichen Verwaltungsverkehrs, so daß in absehbarer Zeit die Frage einer Neubeweidung der beiden Landratsämter Höhe und Niederung in andere zweckentsprechende Räume akut werden dürfte.

Das Prinzip einer straffen Staatsführung

wird in der ganzen Verwaltung des Kreises in Erscheinung treten. Als Landrat und damit Vertreter der Staatsregierung habe er, so erklärte Dr. Gallach, es nicht zulassen dürfen, daß gegen die rechtmäßige Regierung in unverantwortlicher Weise gehetzt werde. Neben den Verfertigern und Verbreitern kommunistischer Heftschriften sind auch zahlreiche Verhaftungen anderer Personen erfolgt, die durch ihre Äußerungen gegenüber Trägern der Regierungsgewalt Erregung und Unruhe in die Bevölkerung hineinbrachten. Von den erfolten 18 Verhaftungen werden gegenwärtig noch 18 aufrechterhalten. Gewöhnlich gehen die inhaftierten Personen schon nach wenigen Tagen ihren Haft-Vorwürfen mit der Verfertigung ab, sich weiterer beleidigenden Redewendungen zu enthalten. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Mitteilung, daß angesichts der zahlreichen Inhaftnahmen

bereits die Unterbringung der inhaftierten Personen Schwierigkeiten bereitet, doch ist nicht beabsichtigt, in Danzig etwa nach dem Muster im Reich ein Konzentrationslager einzurichten. Der Landrat kündigte in diesem Zusammenhang weiter an, daß in engster Gemeinschaft mit dem neugegründeten Korruptionsausschuß verschiedene Vorwürfe gegen Gemeindevorsteher nachgeprüft und gegebenenfalls bei Feststellung strafbarer Vergehen unanfechtbar eingeschritten werde. Diese Maßnahmen werden, so hofft Dr. Gallach, baldigt einen günstigen Einfluss auf die Bevölkerung im Sinne des nationalsozialistischen Staatsgebäufens ausüben, so daß die Inhaftnahmen nicht zu ferner Zeit aufhören dürften.

Was

die Frage der Beseitigung der Erwerbslosigkeit

angeht, so muß festgestellt werden, daß infolge der wirtschaftlichen Struktur des Höhenkreises die Verhältnisse hier nicht so günstig liegen wie im Werder und in der Niederung. Der Kreis hat gegenwärtig 2479 Erwerbslose, von denen 983 bereits ausgesteuert sind. Die Kreisverwaltung wird es sich angelegen sein, lassen.

personellen Umstellungen

machte Landrat Gallach gleichfalls interessante Mitteilungen. Wie bereits gemeldet, ist der bisherige Amtsrat Küßner, der auch bald die Altersgrenze erreicht haben wird, auf Grund seiner politischen Einstellung beurlaubt worden, so daß mit seiner Rückkehr in das bisherige Amt nicht mehr zu rechnen ist. In dieser Maßnahme treten noch weitere personelle Änderungen ein, die nach den Erklärungen des Landrats teilweise recht tiefgreifender Natur sein dürfen.

Neben der Beseitigung mancher ungerecht erfolgter Eingruppierungen erfreuen sich die bezüglichen Pläne auch auf Entfernung nicht zuverlässiger Elemente.

Die diesbezügliche Sichtung des Personalbestandes erfolgt in engstem Einvernehmen mit dem Betriebszellenobmann der NSDAP Kamin, dessen Wünsche bei den Entlassungen und Neuverstellungen nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang weiterhin die Anordnung, daß keine Neuerungen mehr gemacht werden sollen, da die Mehrarbeit durch neu einzustellende Hilfskräfte geleistet werden soll.

Auf dem Gebiete des Kraftfahrwesens der Kreisverwaltung ist gleichfalls eine Neuordnung erfolgt. Die bisher in Betrieb befindlichen Wagen befinden sich entweder im Besitz der Ueberlandzentrale oder sind den Anforderungen teilweise nicht mehr gewachsen. Der Landrat hat einen neuen Mercedes-Benz-Wagen angekauft und gleichzeitig verfügt, daß die reparaturbedürftigen Wagen, soweit als angängig, einer gründlichen Instandsetzung unterzogen werden. Das Bestreben des Landrats geht dahin,

die Kreiswegemeister durch Festsetzung von Anschaffungsfonds mit Kleinwagen auszurüsten,

die dann nach den Abschreibungen in den Besitz der Wegemeister übergehen sollen. Der Vorteil dieser Regelung liegt in dem natürlichen Bestreben der Wegemeister, die nach einigen Jahren in ihr persönliches Eigentum

Original-Packung

à 125 Gramm

Haus-Kaffee

0.40 0.45

Sonder-Kaffee

0.50 0.60 0.70

Edel-Kaffee

0.80 0.90 1.00 Gulden

6841

Maurermeister

Eberhart und sein Sohn

Roman von O. Hanstein
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle.

Im Nebenzimmer regte sich etwas.

„Die Mutter!“

„Ich laufe auf mein Zimmer. Bitte, bitte, Adolf, sage ihr nichts. Sie würde uns ja nicht verstehen. Ich werde mich schon beherrschen. Nachher begleite ich dich —“

Sie huschte hinaus, und Adolf trat auf den Balkon. Ihm blutete das Herz. Sein Lottchen! Sein braves, liebes Lottchen! Oh, der Bube! Wieder stieg ihm der Groll empor.

Und gerade heute, wo er so glücklich gewesen.

„Na, Junge, zurück?“

Er riß sich mit Gemüth zusammen.

„Ja, Mutthen.“

„Bist aber gar nicht mehr vergnügt?“

„Ah weist du — es war doch immerhin Aufregung, und dann bin ich jetzt schnell gesunken — bin ein wenig müde.“

„Wo ist denn Lotte?“

„Wohl in ihrem Zimmer.“

„Schläft noch? Na, wartet einen Augenblick, ich mache euch gleich einen recht guten Kaffee, der wird uns alle ermuntern.“

Sie ging hinaus, und glaubte, daß der Gedanke an den Vater ihren Jungen verstimmt hätte; der aber überlegte, wie er es möglich machen könnte, der

Schwester zu helfen und wenigstens der Mutter den Kummer zu ersparen. —

Walter Röske aber war allein im Büro zurückgeblieben. Er war blaß, und ärgerte sich. Wer hätte auch das ahnen können! Er war in seinem jungen Leben gewohnt, etwas leicht über die jungen Geschäftsdamen zu denken.

Was hatte sie gesagt, die Schwester eines Schulfreundes? Herrgott, wie hieß sie doch nur? Er sah im Personalsbuch nach.

Lotte Eberhart? Donnerwetter! Das war dumm! Neben mir, wie konnte er sich nur soweit hinreissen lassen! Aber hatte sie selbst ihn nicht mit einem Blick angesehen, der geradezu —?

Was würde das nun für Mutter geben! Er kannte seinen Vater! Erst ein paar Wochen zurück, und gleich solche Sache im eigenen Hause!

Mit Lotte war nichts einzurenken, wie sollte er nur dem Vater die Amtstüchtigkeit und gar die Bitte um sofortige Entlassung beibringen?

Aber nicht nur daran dachte er — er schämte sich wirklich. Wie schön war sie gewesen, wie sie vor ihm stand!

Er hatte ein Siegerleben geführt, und dachte im allgemeinen verächtlich über „die Weiber“ — wo er angepökt hatte bisher —, er hatte nie vergebens gesucht. Sein Geld, seine Stellung hatte ihm jede Frucht in den Schoß geworfen, und ein eigentliches Familienselbst hatte er kaum gekannt. Schon als Gymnasiast hatte er Liebhaber gehabt — hente war ihm zum ersten Male ein mirisch reines Mädchen gegenübergetreten, und obgleich er es war, der sie beschimpfte, er fühlte sich gedemütigt.

Er hätte sich obrüggen mögen!

Jetzt, wo alles vorbei war, wo er sie gekränkt hatte, wie er es nie wieder gutmachen konnte — jetzt fühlte

er, daß sie ihm mehr war, wie er selbst gewußt — daß er zum ersten Male wirklich liebte — vielleicht, weil ihm zum ersten Male kein kampfloser Sieg zugesessen.

Zum ersten Male in seinem Leben hatte Adolf wirklich eine ganze Nacht schlaflos verbracht. Vergebens suchte er nach einer anderen Lösung — er mußte Walter Röske fordern. Nicht, daß er sich vor diesem Schritt gefürchtet hätte — im Gegenteil, wenn er daran dachte, wie Röske es gewagt hatte, zu seiner Schwester zu sprechen — er konnte sich kaum beherrschen, um nicht laut aufzufahren in seinem Grimm. Und doch — er hatte sich den Abend seines glücklich bestandenen Exams, den Abend des Tages, an dem ihm Lotte erlaubt hatte, den Vater um ihre Hand zu bitten, wirklich anders gedacht, als mit dem Gedanken an ein Duell und den Tod!

Und er ärgerte sich, nicht nur über den ganzen bösen Zwischenfall, nicht nur über das Unglück der kleinen Lotte — nein, auch über Walter Röske.

Er hatte ihn gern gehabt in der Schule, wenn auch die anderen ihn eigentlich nie gemocht hatten, mit seiner schon damals etwas gewollt-blästernden Art, mit seinem für einen Gymnasiasten zu stutzerhaften Wesen, mit seinen Anmachungen, aus denen so wenig jugendlicher Idealismus sprach und so große Guldigung vor dem praktischen Geschäftssinn des Amerikaners, der schon damals sein Vorbild war.

Nur er hatte — freilich auch nur ein wenig — mit ihm verkehrt und sich Mühe gegeben, ihn zu verstehen. Er stammte eben aus anderen Kreisen und war deren Produkt. Er war schon als Kind fast gewohnt, über viel Geld zu verfügen, und übersättigt, wo die Konten laufen sollten genügten!

Oft tat er Adolf geradezu Leid; denn trotz allem hatte er in Wahrheit ein gutes und auch ein ritterliches Konto!

Herz. Gern hilfsbereit — nie ein schlechter Kamerad, selbst wo man ihn zur Seite stehen ließ. Er hatte seinen Charakter geschäft, und nun — so hatte er sich verändert? Und gerade er, der immer seine Partei genommen, sollte ihm nun mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen?

Um frühen Morgen, noch ehe die Post kam — er fürchtete einen Brief von Lotte, die, wie er wußte, vor seinem Schritt zitterte und davon abgeraten hätte — er fürchtete aber vielleicht in dieser Stunde noch mehr einen lieben Gruß von Lotte —, ging er, um einen Kommilitonen aufzufuchen, der ihm als Gefunden dienen sollte.

Kurt Stolzenhagen, ein Offizierssohn und schneidiger Draufgänger, der ebenfalls gekämpft den Bauhüter gemacht hatte, war sofort bereit.

„Natürlich ist kein Augenblick zu verlieren. Junge, wir werden sofort zu Niedenberg gehen, der steht dir auch zur Verfügung. Wie spät ist es jetzt? Bald sieben Uhr? Gut — ich halte es für unmöglich notwendig, daß wir keine Zeit verlieren.“

Um neun Uhr wird der junge Herr ja wohl in sein Kontor gehen, bis dahin müssen wir ihn besucht haben. Zu keinem gesellschaftlichen Zeit, morgens um acht Uhr; aber er wird schon Bescheid wissen, wenn er unsere Karten empfängt.“

Stolzenhagen, ein Wichtigtuer und federzeit der „ausgeschlagene studentische Ehrenkodex“, war Feuer und Flamme und verstand Adolfs Niedergeschlagenheit nicht. Er wußte, daß es gewiß nicht Feigheit war; aber er konnte nicht begreifen, daß Adolf in dieser Nacht ein Ideal zerbrochen war — der Glaube an die Unstetigkeit des Mannes! Er hätte es nicht für möglich gehalten in seiner reinen, vornehmsten Denkart, daß ein Mann einem Mädchen gegenüber so handeln (Fortsetzung folgt).

Vor einer 35-40%igen Verminderung des Goldgehalts im Dollar!

Die Dezentren der amerikanischen Wirtschaft sind in fieberhafter Tätigkeit, um die groß angelegte Ankurbelungsoffensive vorwärtszutreiben. Mit dem bisher erreichten ist man im eigenen Lande recht zufrieden, und auch der Außenstehende neigt mehr und mehr der Ansicht zu, den Optimismus der Union zu teilen. Die treibenden Elemente der U. S. A. sind sich zwar völlig darüber im klaren, daß Rücksläge nicht ausbleiben dürfen und daß auch die Marschroute wahrscheinlich des öfteren geändert werden muß;

ein aber glauben die Amerikaner als sicher annehmen zu können: Die Vereinigten Staaten seien über den Berg.

Hoffen wir, daß dem so ist.

In den ersten Augusttagen besetzte sich der „Hirnbund“ nicht nur mit Maßnahmen zur Förderung der Produktion und der Kaufkraft, sondern er überlegte, wie das Haus finanziell umzubauen sei. Wenn auch durch den Erfolg der eben begebenen Anleihe und Schatzanweisungen, die die Staatsfazie mit 850 Mill. Dollar auffüllen, der akute Geldbedarf bestiedigt ist, heißt es doch, Vorsorge für den Fall von Rückslägen zu treffen. Außerdem müssen schon jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um die Kosten der Ankurbelung zu decken. Im Mittelpunkt der hierüber geführten Erörterungen standen daher Steuerfragen. Außerdem besetzte man sich mit der völligen Beseitigung der Prohibition und zwecks Rückkehr zur Stabilisierung der Währung mit der Devaluation des Dollars.

Die Aussagen J. P. Morgans und Otto H. Kahns vor dem Untersuchungsausschuss des Senats über das Geschäftsgeschehen ihrer Häuser, nämlich der Bankfirmen J. P. Morgan & Co. und Lehn, Loeb & Co. haben jedem die Augen darüber geöffnet, daß die Erhebung der Einkommensteuer von den Nettoeinnahmen zu einer Quelle der Drückerei geworden ist, und Otto H. Kahn selbst empfahl bei dem Verhör eine Umgestaltung in der Weise, daß die Einkommensteuer vom Bruttovertrag erfaßt werde. Diese Anregungen fielen auf fruchtbaren Boden. Führte man sie konsequent durch, dann bekommt die Administration der Union gewaltige Summen ohne Steuererhöhung in die Hand und kann mit ihrer Hilfe Ankurbelung und Arbeitsbeschaffung intensiv weiterführen. Gleichzeitig sollen die letzten Reste der Prohibition zum 1. Januar 1934 fallen, da sich herausgestellt hat, daß der Alkohol dem Staatsfazie sehr gut bekommt.

Der letzte und entscheidende Punkt, um den es sich z. B. in den U.S.A. dreht, betrifft die Devaluation des Dollars.

Ihre Durchführung hängt restlos mit den Fortschritten zusammen, die der Aufbau macht. Eine gewisse Ausdehnung des Notenumlaufs dürfte demnächst schon deshalb erfolgen, um die Devaluation leichter wirksam zu machen. Außerdem sollen ja die Banken auch schwächeren Firmen mit Krediten unter die Arme greifen, und hierzu gehört Gold, Geld und nochmals Gold, für das der Staat letzten Endes geradzustellen hat. Endlich dürfte der „kontrollierte“ Notenendruck günstig auf das Preisgebäude einwirken, und schließlich hat das Weiße Haus in Washington auch ein Interesse daran, daß die Effektentwürfe nicht allzu stark abschneiden, sondern daß sie sich möglichst auf einer bestimmten Höhe halten.

Die eben genannten Momente sind es, die den Zeitpunkt und den Umfang der Verminderung des Goldes im Dollar bestimmen werden.

Die Devaluation kann bald über Nacht erfolgen, sie kann aber auch noch einige Wochen, vielleicht auch Monate auf sich warten lassen.

Im Augenblick sieht man eine Herabsetzung des Goldgehalts des Dollars auf 60 bis 65 Prozent vor, d. h. der neue Golddollar würde eine 35 bis 40 prozentige geringere Menge Gold aufweisen als der alte, der rund 1.046 Gramm enthielt. Mit einem solchen Schritt würden alle diejenigen Schuldenkategorien der Union, die ihre Verpflichtungen mit der Goldklausel eingegangen sind, eine Erleichterung erfahren. Zwar haben die U.S.A. bald nach dem Abreisen des Dollars vom Goldstandard die Zahlungspflicht in Gold aufgehoben, aber erst mit der Devaluation der Währung wird die Herabsetzung der Goldschulden effektiv. Gleichzeitig dürfte man in absehbarer Zeit in den Vereinigten Staaten einen wenn auch beschränkten offenen Goldmarkt eröffnen, der den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen hat.

Die Zusammensetzung des polnischen Holzwirtschaftsrates.

Wie wir kürzlich berichtet haben, hat die Regierung die Einsetzung eines Holzwirtschaftsrates beschlossen, der vom Landwirtschaftsministerium in Übereinstimmung mit dem Handelsministerium berufen werden soll. In den letzten Tagen hat nun der Handelsminister Borchert sich an den Verband der Industrie- und Handelskammer mit der Bitte gewendet, in diesen Rat zwei Vertreter zu delegieren. Der Holzwirtschaftsrat soll bestmöglich die Holzwirtschaft gegenüber der Regierung repräsentieren und ihre Forderungen und Wünsche auf dem Gebiete der Forst- und Holzpolitik vorbringen. Er soll Projekte zur Holzexportpolitik ausarbeiten und begutachten dürfen. Im übrigen soll er mit der Regierung an der Organisation der Stellungnahme der polnischen Interessen gegenüber den internationalen Vereinbarungen in der Holzwirtschaft vertragen. Es wird aus 23 Mitgliedern bestehen und zwar werden ihm angehören 7 Vertreter der Staatsforste, 5 Vertreter des Verbandes der Waldbesitzer, 5 Vertreter des Obersten Rates der Holzwirtschaftsverbände, 2 Vertreter des Verbandes der Industrie- und Handelskammern. Die Delegation der Mitglieder des Holzwirtschaftsrates durch die einzelnen Verbände steht schon in den nächsten Tagen zu erwarten, so daß mit der baldigen Aufnahme der Tätigkeit dieser Institution zu rechnen ist.

Die Liste der Länder, die nach Beendigung des Weltkrieges zu dem Mittel der Devaluation griffen, ist recht groß,

es gibt im Augenblick nur noch sechs, oder wenn man Deutschland dazurechnet sieben Staaten, die vorläufig entschlossen sind, an der „alten Parität“ festzuhalten. Es handelt sich um die Länder des sogenannten europäischen Goldblocks, die freilich, abgesehen von der Schweiz und Holland, bereits eine Devaluation hinter sich haben. Von den größeren nahm Belgien im Jahre 1926 eine Herabminderung des Goldgehalts seines Franken vor. Während der alte belgische Franc 0,92 Gramm Gold enthielt, weist die neue Einheit Belga (1 Belga gleich 5 Papierfrancen) nur 0,209 Gramm auf. Es folgte Polen, das am 13. Oktober 1927 den Goldwert des Złoty herabsetzte. Aus 1 Kilogramm reinem Gold werden seit jenem Tage 5924,44 Złoty ausgeprägt gegen vorher 3444,44 Złoty. Der Goldwert des neuen Złoty war also rund 72 Prozent geringer. Am 21. Dezember

des gleichen Jahres verminderte Italien den Goldgehalt seiner Lira von 0,290 Gramm auf 0,079 Gramm. Am 25. Juni 1928 schloß sich Frankreich an, dessen Franken nach 0,290 Gramm nur noch einen Goldinhalt von zirka 0,059 Gramm aufweist.

Unter den großen Ländern der Welt hingegen wenn sich die Union ebenfalls zur Devaluation entschließt, nur noch der Pfund-Block mit seiner Währung in der Luft.

Bei der Geneigtheit Großbritanniens, die Pfund-Sterling-Devisen mit Rücksicht auf die Ankurbelung der Weltwirtschaft zu stabilisieren, sollte man eigentlich annehmen daß auch die letzten Reste schwankender Währung aus Europa und aus den Teilen der Welt in absehbarer Zeit verschwinden. Allerdings befindet sich das Inselreich seit einigen Wochen auf der Suche nach einer neuen Währungsbasis, nachdem die U.S.A. den Dollar der alten Pfund-Sterling-Parität annähernd angepaßt haben. Man wird also gut tun, sich im Punkte der Stabilisierung noch zu gedulden, bis der Kampf um die „schlechteste Währung“ zwischen den englisch sprechenden Völkern ausgelämpft ist, oder bis man auf diesem Gebiete einen Waffenstillstand mit anschließendem Frieden abgeschlossen hat.

Wiederbelebung der poln. Butterausfuhr

Seit Erhöhung des deutschen Butterzolls ist 1932 allmählich die polnische Butterausfuhr zur Einstellung gelangt, da Deutschland der bei weitem größte Abnehmer für polnische Butter war.

Die polnische Butterausfuhr betrug in Tonnen:

	Insgesamt	nach Deutschland
1929.	15.081	11.003
1930	12.117	7.821
1931	12.460	7.456
1932	1.229	371
1933, 1. H.	355	—

Die Butterausfuhr nach Deutschland hat praktisch seit dem Juli 1932 aufgehört, während daneben noch eine nennenswerte Ausfuhr nach der Schweiz, England und Belgien in Gang blieb, die im Frühjahr 1933 aber auch unbedeutend war. Man hatte sich schon im Sommer 1932 lebhaft um eine Erhöhung der Butterausfuhrprämie bemüht, wozu die Regierung jedoch keine Neigung zeigte. Da aber mit Beginn dieses Sommers ein großer Milchüberschub vorhanden und der Schaden für die Molkereien zu groß wurde, wird seit dem 20. Juni 1933 wieder eine Ausfuhrprämie geziert, die jetzt 50 Prozent des Wertes der Ausfuhrware beträgt. Die Ausfuhr stieg deshalb gleich von nur 12 T. im Mai auf 287 T. im Juni 1933, obgleich Deutschland als Abnehmer noch kaum in Frage kommt.

Die Prämie wird nur für solche Butter gegeben, die über Danzig oder Gdingen ausgeführt wird.

Da die Einfuhr des in Deutschland zugelassenen Kontingents von Polen nur über gewisse Grenzziffern erfolgen darf, kommt daher die Ausfuhrprämie bei der Lieferung nach Deutschland nicht in Betracht. Tatsächlich handelt es sich bei der Ausfuhr um Sendungen nach Belgien, England und Frankreich. Die Ausfuhrprämie kommt außerdem nur als

Kompensation bei entsprechender Einfuhr in Frage, d. h. sie wird nur an den Importeur vergütet, der gleichzeitig Einfuhr und Ausfuhr abwickelt. Importeur und Exporteur müssen also zusammenarbeiten. Der Ausfuhrwert der polnischen Butter stellte sich im Juni auf etwa 2,4 Złoty je Kg. so daß also jetzt etwa 1,2 Złoty je Kg. oder 0,60 M. vom Staat zugeahrt werden.

* Die Schließung zahlreicher Brauereien in Pommern ist von Seiten gewisser interessanter polnischer Stellen aus Konkurrenzgründen als eine Machenschaft einer Danziger Bierbrauerei bezeichnet worden. Wie jetzt in der polnischen Presse ausdrücklich festgestellt wird, entsprechen diese Gerüchte nicht den Tatsachen, zumal die Danziger Firma sich in letzter Zeit an dem polnischen Markt völlig desinteressiert hat. Die Bierproduktion in Danzig sei bedeutender teurer, als in Polen und könne daher mit den polnischen Firmen nicht konkurrieren. Die Stilllegung der pommerschen Brauereien sei auf den außerordentlich starken Konsum-Rückgang in Polen zurückzuführen.

* Eisen-Ausfuhrmöglichkeiten nach Ägypten? Das polnische Staatsliche Ausfuhrinstitut teilt mit, daß sich ägyptische Kauffirmen angesichts der Steigerung der Eisenpreise in Westeuropa für den Bezug polnischen Stabeisens und polnischer Bleche interessieren.

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmark-Noten: 121,00-122,00.

Dollarnoten 3,77-3,81.

Danziger Devisen	9. 8.	8. 8.
Scheck Lond. Pfd. St. 17.01 *)	17.05	16.99 1/2
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St. 57,52	57,63	57,52
„ Werschau 100 Złoty 3,7862 *)	3,7938	3,8162 *)
„ Berlin 100 RM. 122,33	122,57	122,53
„ Paris 100 fr. Frank 20,13	20,17	20,18
„ Helsingfors 100 fm —	—	—
„ Stockholm 100 Kr. 87,91 *)	88,09	87,71 *)
„ Kopenhagen 100 Kr. 76,07 *)	76,23	76,17
„ Oslo 100 norw. Kr. 85,71 *)	85,89	85,51 *)
„ Amsterdam 100 hfl 207,59 *)	208,01	207,59 *)
„ Brüssel/Antwerpen 99,40 *)	99,60	99,35
„ Wien 100 Schilling 71,73 *)	71,87	71,70 *)
„ Prag 100 Kr. 15,25 *)	15,28	15,23 *)

Noten:

Poln. Noten 100 Złoty 57,54 57,66 57,54 57,65

Dollar-Noten I von 5-100 1 Dollar — — — —

Reichsmark (100 RM.) — — — —

*) Nominielle Notierung.

Danziger Effekten

In Danziger Gulden notiert

9. 8. 33 8. 8. 33

Festverzinsliche Wertpapiere:

a) ohne Zinsberechnung:

7% Danziger Stadtanleihe von 1925 — 2) — 2)

6 1/2% Danziger Staats- (Tabakmono- pol)-Anleihe von 1927 — 2) — 2)

5% Roggenrentenbriefe — 1) — 1)

b) mit Zinsberechnung:

6% (bsh. 8%) Danziger Hypothek- Bank Komunal-Obligationen — 2) — 2)

6% (bsh. 8%) Danziger Hypothek- Bank-Pfandbrief Serie 1-9 — 2) — 2)

6% (bsh. 8%) Danziger Hypothek- Bank-Pfandbrief Serie 10-18 — G — G

6% (bsh. 7%) Danziger Hypothek- Bank-Pfandbrief Serie 19-20 — — —

6% (bsh. 7%) Danziger Hypothek- Bank-Pfandbrief Serie 27-34 — G — —

6% (bsh. 7%) Danziger Hypothek- Bank-Pfandbrief Serie 35-42 — — G —

6% (bsh. 6%) Danziger Hypothek- Bank-Pfandbrief Serie 1 — — — —

Aktien: Div. i. 1931 1932

Bank von Danzig 0% 0%

Danz. Priv.-Akt.-Bank 0% 0%

Danz. Hypothekenbank 0% 0%

Danziger Bank f. Handel und Gewerbe 0% 0%

Aktienzertifikat d. Danz. Tabak-Monopol AG 12% 9%

Anmerkungen:

1) Kurs für 1 Zentner — 2) Kurs für 100 Gulden.

Bürgl. 100 Gulden

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1
62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance
and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**